

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

www.libmag.de

EXKLUSIVINTERVIEW

Die Siegerinnen des
Raif Badawi Awards 2016



SCHWERPUNKT: DEUTSCHLANDS MITTE

DIE STILLEN HELDEN UNSERER GESELLSCHAFT

IN DIESEM HEFT:

CHRISTIAN LINDNER, PAUL NOLTE

CONSTANTIN SCHREIBER

FRIEDRICH THELEN

Mein Genuss. Meine Freiheit.

Lili S., 36 Jahre, Freeclimberin

” Es gibt Menschen, die sagen, dass ich lebensmüde bin. Aber ich liebe mein Leben und setze es nicht leichtfertig aufs Spiel. Meine Leidenschaft hat nichts mit Verantwortungslosigkeit zu tun, sondern mit meiner persönlichen Freiheit. Es ist meine Entscheidung und die treffe ich bewusst und selbstbestimmt. Jeden Tag aufs Neue.



REEMTSMA

reemtsma.com



KIRSTIN HÄRTIG
CHEFREDAKTEURIN

Wahlversprechen haben seit jeher eine so lange Halbwertszeit wie die Vorsätze, die sich Mann oder Frau in der Neujahrsnacht selbst verschreiben. Wolfgang Schäuble backt mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 dieses Mal auffallend kleinere Brötchen. Um satte zwei Euro pro Kind und Monat will er das Kindergeld erhöhen. Ein Eingeständnis an die finanzpolitische Realität? Wohl kaum. Die Staatskassen sprudeln ob der Steuereinnahmen regelrecht über – nur auf der Ausgabenseite regiert weiter die Kameralistik vergangener Zeiten. Vielmehr muss man dem Bundesfinanzminister wie der gesamten „Großen“ Koalition Kleinmut attestieren. Wenn nichts mehr geht, hilft nur noch der kleinste gemeinsame Nenner. Was sind schon läppische zwei Euro mehr Kindergeld, wenn im kommenden Jahr die Abgabenlast erstmals seit 2012 wieder über die 40-Prozent-Schwelle zu rutschen droht? Wann, wenn nicht jetzt wäre es an der Zeit, Deutschlands Mitte wirklich zu entlasten. Die vielen fleißigen Selbstständigen, die Handwerker, die Facharbeiter und Angestellten sind das Rückgrat der Gesellschaft – aber leider auch ihr selten maulender Lastenesel. Diese Ausgabe widmet den stillen Helden unserer Gesellschaft im Schwerpunkt die volle Aufmerksamkeit. Historikprofessor Paul Nolte schildert, wer zu Deutschlands Mitte

gehört und wie diese sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte immer wieder neu erfunden und von staatlichen Eingriffen erholt hat. Aber auch, warum es gerade jetzt wichtig ist, dass sie für die eigenen Ziele mobil macht und die Straßen, TV-Runden und Foren nicht den Rändern von links und rechts überlässt. Welche Folgen angestauter Frust der Mitte haben kann, haben die jüngsten Landtagswahlen auf erschreckende Weise gezeigt.

Um das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit sowie politische Teilhabe ist es im Nahen und Mittleren Osten seit jeher nicht sonderlich gut bestellt. Die Kriegswirren haben die Situation dramatisch verschlimmert. Gerade deshalb ist das Engagement von Haifa Ezzaz Ahmed aus Syrien und Haneen Hassan aus dem Irak so bemerkenswert: Sie entschieden sich gegen die programmierte „Karriere“ als Hausfrau und wurden Journalistinnen. Täglich senden die jungen Frauen ein Radioprogramm nur für Flüchtlinge. Dafür ehrt sie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – stellvertretend für alle mutigen Frauen – mit dem diesjährigen Raif Badawi Award, der am 19. Oktober im Rahmen der Frankfurter Buchmesse verliehen wird. Diese Frauen haben als Flüchtlinge selbst dunkelste Stunden erlebt und verfügen dennoch über die Kraft, die Welt ein wenig besser und freier zu machen. Dafür gebührt ihnen Hochachtung! ●

3

EDITORIAL

4

INHALT/IMPRESSUM



30

ZENTRALMOTIV

Ein bewegtes
politisches Leben

36

MIERSCHS MYTHEN

So funktioniert
Tumultukratie

54

BÜCHER



SCHWERPUNKT

Die Mitte

Unser Land ist angewiesen auf eine starke, bürgerlich geprägte Mitte – gut ausgebildete Menschen, die zur Arbeit gehen und die viel Steuern zahlen, mit denen der Staat handlungsfähig bleibt, und die mit ihrem ehrenamtlichen Engagement diese Gesellschaft zusammenhalten. Doch viele Signale sprechen dafür, dass die Interessen dieser Mitte zunehmend ins Abseits geraten. **liberal** will wissen: Warum ist das so? Warum dominieren im politischen Tagesgeschäft immer öfter die Interessen von Minderheiten die der Mehrheit? Und was muss sich ändern, damit die Mitte wieder Bedeutung bekommt? Prominente Autoren finden in dieser Ausgabe eine Antwort.

6

ES IST EUER LAND!

Viele Politiker haben keine Ahnung von der Lebenswelt der Mittelschicht. So droht ein gefährliches Auseinanderdriften

VON THOMAS SIGMUND

10

MEHR OPTIMISMUS, BITTE!

Für die Zukunftsängste der Mitte gibt es historisch gesehen keinen Grund. Bislang hat sie alle Veränderungen für sich zu nutzen gewusst.

VON PAUL NOLTE

14

DIE ZAHLMEISTER DER NATION

Die Mitte müsste dringend steuerlich entlastet werden. Doch der Finanzminister blockt.

VON FRIEDRICH THELEN

18

DER GEDULDSFADEN REISST

Mit einer antiquierten Verwaltung stiehlt der Staat seinen Bürgern wertvolle Lebenszeit. Dabei zeigen viele Nachbarländer, dass es auch anders geht, wenn die Politik Initiative beweist.

VON CHRISTIAN LINDNER

20

DIE HELFENDE KRAFT

Das Ehrenamt ist der Kitt einer Gesellschaft. Jeder vierte Deutsche engagiert sich freiwillig. Drei Beispiele zeigen, wie das erfolgreich funktioniert.

VON MARCEL BERNDT

APP-VERSION

liberal ist auch als iPad- und Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

Audio

Bildergalerie

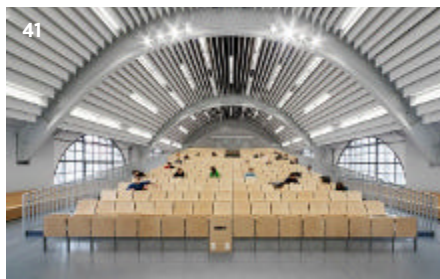
Link

Leseprobe

Video



- 22 **MUTIGE FRAUEN** 
Ein Journalistinnen-Kollektiv, das aus dem Nord-Irak ein Radioprogramm für Flüchtlinge macht, ist der diesjährige Preisträger des Raif Badawi Awards. In *liberal* sagen die Frauen, was sie antreibt.
VON CONSTANTIN SCHREIBER
- 24 **IRRSINN WOHNUNGSBAUPOLITIK**
In deutschen Großstädten explodieren die Mieten und dennoch wird Wohnraum dort zunehmend knapp. Schuld daran ist auch der Staat.
VON STEFAN KREITIEWOLF
- 28 **EUROPA AM SCHEIDEWEG**
Der liberale EU-Parlamentarier Hans van Baalen gibt einen Ausblick auf die Europäische Zukunftskonferenz und wie es nach dem Brexit weitergeht.
VON KIRSTIN HÄRTIG



- 38 **KEINE LUST AUF DIE EIGENE FIRMA**
Die Schule motiviert junge Menschen kaum zu Unternehmertum oder Gründung. Dabei würde frisches Blut der deutschen Wirtschaft mehr als guttun.
VON GIDEON BÖSS
- 41 **VORBILD DARMSTADT**
Ein durchdachtes Konzept macht die Stadt zur Zukunftsmetropole. Was andere Kommunen davon lernen können.
VON FRANK BURGER
- 44 **DIE SCHAFFEN DAS NICHT**
Mit absurden Regeln verhindern Bürokraten, dass Flüchtlinge schnell einen Job bekommen können.
VON JAN-PHILIPP HEIN

**ABSCHIED**

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit trauert um Walter Scheel **Seite 32**



- 46 **OASE IM HAUPTSTADTDSCHUNDEL** 
Aus einer heruntergekommenen Wohnanlage im Berliner Stadtteil Wedding hat der Historiker Michael Wolffsohn ein kulturelles Kleinod gemacht.
VON FLORIAN SIEVERS
- 48 **SICHERER BEGLEITER IM DUNKELN**
Nachts beschleicht viele Menschen ein mulmiges Gefühl auf dem Weg nach Hause. Unterstützung bietet das Heimwegtelefon.
VON KAPKA TODOROVA
- 50 **KULTURHAUPTSTADT BRESLAU** 
Die polnische Metropole an der Oder stemmt sich erfolgreich gegen Amnesie und nationalen Chauvinismus.
VON MARKO MARTIN

liberal • Debatten zur Freiheit. Das Magazin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, David Harnasch, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Chefredaktion: Kirstin Härtig

Redaktion: Boris Eichler, Thomas Volkmann, Annett Witte

Adresse: Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49
redaktion@libmag.de
www.libmag.de

Autoren dieser Ausgabe: Marcel Berndt, Gideon Böss, Frank Burger, Wolfgang Gerhardt, Jan-Philipp Hein, Stefan Kreitewolf, Christian Lindner, Thomas Luther, Marko Martin, Michael Miersch, Paul Nolte, Constantin Schreiber, Florian Sievers, Thomas Sigmund, Friedrich Thelen, Kapka Todorova

Gesamtherstellung:
planet c GmbH
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf
Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe
Redaktionsleitung: Florian Flicke

Gestaltung: Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), shutterstock/Getty Images (Titelbild)

Projektleitung: Jana Teimann

Anzeigen: Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671, t.moos@planetc.co (Leitung),

Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, g.giavanoglou@planetc.co (Anzeigen-Marketing), Christine Wiechert, Tel. 0211/542 27-672, c.wiechert@planetc.co (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:
Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH, www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement:
alles dazu auf Seite 55



Es ist euer Land!

Die politischen Eliten entfremden sich zunehmend von der Lebenswelt der Mittelschicht. Doch den Bürgern fehlt in einem immer stärker digitalisierten und globalisierten Alltag häufig die Zeit und die Kraft, sich politisch für ihre Interessen zu engagieren. So droht ein gefährliches Auseinanderdriften. // TEXT // **THOMAS SIGMUND**



mangelhafte Mietpreisbremse – Möglichkeiten für Dissens gibt es viele. Dabei liegt das letzte politische Beben gerade mal rund vier Monate zurück, nachdem Ende Juni die Briten für den Ausstieg aus der Europäischen Union gestimmt haben. Kaum einer in den Führungsetagen der etablierten Parteien hatte damals diese Möglichkeit ernsthaft in Erwägung gezogen. Ein gravierender Fehler, wie sich nur wenige Tage später herausstellte. Denn wie es nun mit Großbritannien und dem Rest von Europa weitergeht, darüber wird – man ahnt es – wieder trefflich gestritten.

Im November könnte die politische Elite wieder auf die Nase fallen. Dann nämlich wählen die US-Bürger einen neuen Präsidenten. Bislang führt Hillary Clinton in den Umfragen vor Donald Trump, der zuletzt viel Vertrauen verspielt hat. Doch Clinton weiß spätestens seit ihrer gesundheitlichen Krise, dass die Sache noch nicht zu ihren Gunsten entschieden ist. Sie spürt die Gefahr, die von den Bürgern droht, die ihre Wut loswerden wollen – und daher den Provokateur Trump wählen. Gleich, was er sagt, ob er lügt oder nicht. Wie in Großbritannien ist auch in den USA die Distanz zwischen denen, die „da oben sind“, und denen „da unten“ gewachsen. Bürger, die sich von der Globalisierung abgehängt fühlen. Sie fürchten, dass das große Geld im goldenen Zeitalter der Digitalisierung an ihnen vorbeifließt. Dass sie irgendwann einfach durch einen Roboter wegrationalisiert werden. Frust gibt es auch bei denen, die von den so oft gelobten Segnungen eines gemeinsamen Binnenmarktes in Europa, geschweige denn von der Globalisierung, nie profitiert haben. Die stattdessen arbeitslos sind, seit die Finanz- und Schuldenkrise vor allem im Süden Europas die Grundfesten der europäischen Gemeinschaft erschüttert hat.

So wundert es kaum, dass die Gruppe der Ökonomen, die ein Ende der Globalisierung kommen sehen, in den vergangenen Monaten stetig gewachsen ist. „Die Globalisierung, die in den 2000ern blühte, wird seit einigen Jahren abgebremst“, prognostizierte der britische Wirtschaftswissenschaftler Simon Evenett, Professor an der Universität

St. Gallen, Anfang September in der *Welt am Sonntag*. Seine Erklärung: die immer komplizierteren politischen Verhältnisse in der Welt und ein neuer Protektionismus, mit dem Staaten ihre heimische Wirtschaft in den Vorteil zu bringen versuchen.

Und in Deutschland? Die Mitte der Gesellschaft, die die Stabilität des Landes garantiert, sitzt morgens im Auto oder in der S-Bahn auf dem Weg zur Arbeit, liest die neuesten Nachrichten und fragt sich, was sie von dieser neuen Unübersichtlichkeit halten

DIE MITTE DER GESELLSCHAFT FÄHRT MORGENS ZUR ABREIT UND FRAGT SICH, WAS SIE VON ALL DEM HALTEN SOLL.

soll. Noch läuft die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu vielen Nachbarstaaten vergleichsweise gut. Sehr gut sogar. Die Arbeitslosigkeit wird durch die Flüchtlinge zwar leicht steigen. Doch die Beschäftigtenzahlen sind weiter auf Rekordhoch. In den vergangenen Jahren ist des Öfteren der Eindruck entstanden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Land hätten mit ihrem Fleiß die Kanzlerin und ihr Kabinett überflüssig gemacht – so wenig wurde wirtschaftspolitisch angesprochen oder zumindest in Richtung Zukunft gedacht.

Die Folgen sind fatal. Denn bei vielen Politikern führt das wirtschaftliche Hoch zu der verhängnisvollen Fehleinschätzung, über Themen diskutieren zu können, die an der Lebensrealität derer vorbeigehen, die jeden Tag aufstehen, zur Arbeit gehen und so das Einkommen schaffen, mit dem über hohe Steuern all diese Wohltaten, für die dieser Staat steht, überhaupt erst möglich werden. Interessiert den Durchschnittsbür- »

Was ist eigentlich mit den politischen Eliten dieses Landes los? Nach jedem Terrorereignis irgendwo auf der Welt üben sie reflexartig den Schulterschluss. Doch im politischen Tagesgeschäft zanken und rangeln sie knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl um jedes Thema, das sich ihnen bietet: Steuerreform, Flüchtlingspolitik, das Freihandelsabkommen TTIP, die

ger wirklich, wie sich die politische Elite tagelang über die Strafanzeige des türkischen Präsidenten gegen den Satiriker Jan Böhmermann streitet? Nimmt sein Frust nicht noch weiter zu, wenn er lesen muss, dass sich 116 Bundestagsabgeordnete mit Montblanc-Füllern für 70.000 Euro eingedeckt haben – ohne dass auch nur ein Wort des Bedauerns für diesen zwar legalen, politisch aber instinktlosen Vorgang zu hören war?

Offenbar haben die Lebenswelten der politischen Elite und der Leistungsträger dieser Gesellschaft nicht mehr viel miteinander zu tun. Die alleinerziehende, berufstätige Mutter will wissen, ob sie einen Kindergartenplatz bekommt. Der ledige Facharbeiter fragt sich, warum er ab knapp 54.000 Euro zu versteuerndem Einkommen bereits den Spitzensteuersatz zahlen muss. Die junge Familie ärgert sich darüber, dass der Erwerb eines Eigenheims durch die Niedrigzinspolitik Europäischen Zentralbank (EZB) für sie unerschwinglich geworden ist, weil das billige Geld den Immobilienmarkt spekulativ aufheizt. Diebesbanden haben einen noch nie da gewesenen Angriff auf das Eigentum der deutschen Bürger gestartet, dem eine kaputtgesparte und dezimierte Polizei hilflos gegenübersteht. Spätestens seit den Terroranschlägen in München, Ansbach und Würzburg kommt eine tiefe Unsicherheit hinzu.

Doch auf die Barrikaden gehen andere: Während die Mitte überlegt, ob sie in ein oder zwei Jahren ihre Rechnungen noch bezahlen kann, ziehen Zehntausende TTIP-Gegner gegen das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen zu Felde. Dabei würde gerade das Abkommen für die Mitte der Gesellschaft erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen. Doch die Politik ist in dieser Sache mit Ausnahme einiger Versprengter längst abgetaucht. Eine der größten Exportnationen der Welt schafft es nicht, sich erfolgreich einer Minderheit entgegenzustellen.



len und die Vorteile des Abkommens der Bevölkerung klarzumachen. Verlierer ist die politische Mitte. Gehen nicht die Freihandels-, Fracking- oder Genmais-Gegner auf die Straße, leisten die Lobbyisten in Berlin ganze Arbeit, um ein Stück vom Kuchen abzubekommen. So bekam jüngst die Autoindustrie von der Bundesregierung Milliarden an Subventionen für Elektroautos zugeschoben, die bisher kaum einer kaufen will. Die Milchbauern sind auf die Straße gegangen und haben ebenfalls Milliarden bekommen. Die Regierung hätte besser eine Abwrackprämie für Kühe eingeführt.

Die Mittelschicht ist ausgelastet

Gründe für die Mittelschicht gibt es genug, warum sie anderen das politische Spielfeld überlässt. Die Familie oder die Alleinerziehenden sind in ihrem Alltag genug beschäftigt. Beruf, Kinder, Partnerschaft, wenn überhaupt, dann nur wenige freie Stunden für Muße und sich selbst – da bleibt kaum noch Zeit, Schilder zu malen und nach Berlin vor den Bundestag zu ziehen. Wenn schon, dann muss es etwas Konkretes sein. Wie bei der Flüchtlingshilfe, bei der sich bis heute Zehntausende Freiwillige engagieren. Doch was im Kleinen funktioniert, passt irgendwie nicht auf die große politische Bühne. Warum eigentlich nicht? So vertieft sich bei den Bürgern der Eindruck, nichts ändern zu können. Mit der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern hat sich der Trend fortgesetzt, dass die Parteienlandschaft zunehmend zersplittert und sich die Bürger von den sogenannten Volksparteien zunehmend abwenden.

Von einer Großen Koalition zu sprechen verbietet sich fast, wenn CDU und SPD in bundesweiten Umfragen auf nur noch knapp 50 Prozent kommen. Die Wiedergewinnung des Politischen ist offenbar auch nicht gewünscht. Das zeigt die von Experten genannte „asymmetrische Demobilisierung“, die die Kanzlerin seit Jahren vorexerziert. Merkel kapert einfach sozialdemokratische Projekte wie die Einführung einer Mietpreisbremse. Sie präsentiert die Union so sozial, dass die traditionellen SPD-Anhänger gar nicht erst wählen gehen – weil es nichts



Unter dem Strich

Verlierer: Viele Durchschnittsfamilien haben Mühe, einen Kindergartenplatz zu finden. Und auch die eigenen vier Wände sind für sie so gut wie unerschwinglich.

DIE POLITIK DENKT ÖKONOMISCH IN KURZEN KONJUNK- TURZYKLEN UND POLITISCH NUR BIS ZUR NÄCHSTEN WAHL.

mehr gibt, über das sie sich aufregen könnten. Bei der Bundestagswahl vor drei Jahren ist die Taktik aus Merkels Sicht grandios aufgegangen: Fast hätte sie die absolute Mehrheit errungen. Kein Wunder also, dass man im Kanzleramt mit dieser Methode auch 2017 den Wahlsieg sichern will. Mit dem Unterschied, dass heute niemand mehr von einer absoluten Mehrheit für die Union träumt.

Wie hoch die Verluste der politischen Mitte aus dieser Entwicklung sind, darüber streiten sich die Experten. Steuersenkungen gibt es nur noch in Wahlkämpfen. Danach will keiner mehr etwas davon wissen. Von der Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der Milderung der kalten Progression dürfen die Bürger einstweilen nur weiter träumen. Union und Sozialdemokraten haben dafür in den vergangenen drei Jahren die Spendierhosen angezogen bei der Mütterrente, der Rente mit 63 und dem Mindestlohn – interessanterweise allesamt Projekte, die Bürger und Unternehmen stärker belasten, aber an den staatlichen Kassen zumindest in den unmittelbar kommenden Jahren vorbeigehen.

Nur: Die arbeitstätige Mittelschicht profitiert von all dem kaum. Die Bundesbank mahnt die Politik, endlich valide Prognosen über das Jahr 2030 hinaus vorzulegen, doch für einen heute 40-jährigen Arbeitnehmer ist es längst beschlossene Sache, dass er noch 30 Jahre wird arbeiten müssen, wenn er am Ende seines Berufslebens nicht in ein finanzielles Loch fallen will. So denkt die Politik ökonomisch

in kurzen Konjunkturzyklen und politisch aktuell bis zu den nächsten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Gefragt wären aber vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und einer sich verändernden Weltlage die langen Linien.

Gewinner dieser Entwicklung sind die Populisten. Dass die AfD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern aus dem Stand über 20 Prozent der Stimmen geholt hat, belegt dies eindrucksvoll. Für den Soziologen Armin Nassehi sind diese Entwicklungen noch kein Grund für Kulturpessimismus. „Das Politische kann zurückgewonnen werden. Ein erster Schritt ist schon gemacht, wenn die Politik gesellschaftliche Änderungsprozesse und neue Realitäten überhaupt zur Kenntnis nimmt und narrativ verarbeitet.“

Die Deutschen zweifeln an Merkel

Die Hoffnung darauf sollte jedoch nicht allzu groß angesetzt werden. Die Kanzlerin war in den vergangenen Jahren für die Bürger, vor allem die politische Mitte, alternativlos. Sie konnte zwar kein großes Narrativ in der Finanz- und Euro-Schuldenkrise setzen. Doch die Wogen haben sich geglättet. Selbst die praktisch unhaltbare Zusage, die Gelder auf Sparbüchern seien sicher, haben die Deutschen ihr abgenommen und sich aufgehoben gefühlt. Doch seit Angela Merkel die Grenzen geöffnet hat, ist ein Paradigmenwechsel eingetreten, der in seinen Auswirkungen immer stärker zutage tritt. Viele Deutsche zweifeln an der Politik der Kanzlerin. Angela Merkel und die Bürger – diese beiden Partner, die ehemals eine innige Liebesbeziehung pflegten, beginnen sich zu entfremden. ●



THOMAS SIGMUND beobachtet die Politik der Kanzlerin seit Jahren kontinuierlich. Für den Leiter des Handelsblatt-Hauptstadtbüros garantiert die bürgerliche Mitte die Stabilität der Gesellschaft. Sie rebelliert nicht, erodiert aber immer weiter.
redaktion@libmag.de



Aufstand der Alten

Deutschlands Jugend ist nach landläufiger Meinung zunehmend unpolitisch. Ganz anders die Generation ihrer Eltern und Großeltern. „Spätestens zwischen 2015 und 2035 werden sich Hunderttausende hochmotivierter und rüstiger Rentner mit dem gesamten Rüstzeug der in den Jugendjahren reichlich gesammelten Demonstrationserfahrungen in den öffentlich vorgetragenen Widerspruch begeben“, prophezeit Prof. Dr. Franz Walter, Leiter des Instituts für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Im Auftrag des Ölmultis BP untersuchte Walter, was Protestbewegungen antreibt. Die Ergebnisse fasst er in seinem Buch „Die neue Macht der Bürger“ zusammen. Entstanden ist ein tiefer Einblick in die deutsche Protestlandschaft. Zentrale Erkenntnis: Wer sich engagieren will, braucht vor allem eins: Zeit. Zu Märschen und Mahnwachen treibt es daher vorrangig Hausmänner, Teilzeitanestellte, Freiberufler, Schüler, Lehrer und – ganz besonders – Vorruheständler und Pensionäre. Sieben von zehn Aktiven sind männlich. 55 Prozent der Befragten haben einen Studienabschluss oder eine Promotion. Walter: „Die Ingenieure bilden einen zentralen Typus der aktuellen Bürgerproteste. Während in den Oppositionsbewegungen der Siebzigerjahre typischerweise der (angehende) Sozialwissenschaftler den Ton angab, sind es heute die eher technisch geprägten Berufe.“ Das Engagement in eindeutig definierten Initiativen, die sich auf einen einzigen Punkt hin strategisch ausrichten, kommt dem Protestsenior entgegen. Hier kann er laut Walter als „objektiver Experte“ auftreten. „Dass Politik nicht objektiv sein kann, ist ihm fremd.“

Die bedrohte Idylle?

Viele Menschen in der Mittelschicht fürchten den sozialen Abstieg und beklagen die wachsende Ungleichheit. Dabei lehrt die Vergangenheit, dass es für Zukunftspessimismus keinen Grund gibt.

// TEXT // **PAUL NOLTE**



Foto: Susanne Kronholm/planpicture, shutterstock



Um die gesellschaftliche Mitte in Deutschland scheint es schlecht bestellt zu sein. Populistische Bewegungen nähren sich – nicht nur in Deutschland – aus der Unzufriedenheit in dieser „Mitte“, wie es häufig heißt. Angst, Abwehr und Radikalisierung entstehen in den Mittelschichten – bei ganz normalen Menschen und nicht in erster Linie in den Zonen der Armut oder an der Spitze der Gesellschaft, bei den Eliten. Populismus als Krise aus der Mitte, das kann aber auch heißen: Es geht nicht um eine politische Ideologie am extremen rechten oder linken Rand des klassischen Spektrums, sondern um eine gewissermaßen postideologische Haltung, um ein Umkippen solcher Gesinnungen und Bevölkerungsteile, die eben noch selbstverständlich zu den Stützen der liberalen Demokratie gehörten. „Man wird das ja wohl noch sagen dürfen“ – das ist die charakteristische Formel dieses neuen Extremismus der Mitte, der sich selber damit nicht zu einer Avantgarde der Revolution, sondern der vermeintlichen Normalität stilisiert.

Auch in sozialstruktureller Hinsicht, also nach ihrer ökonomischen Lage, wird in den Medien seit vielen Jahren von der Erosion der Mittelschichten berichtet: In den USA zum Beispiel ist der Abstieg der „middle class“ eine Erfahrung, die bis in die 1980er-Jahre zurückreicht und von der gegenwärtig Donald Trump in seiner Beschworung der vermeintlich besseren Welt vor der Globalisierung mit einer intakten nationalen Indus-

triegesellschaft zu profitieren hofft. Auch in der Bundesrepublik deuten Umfragen und Expertenmeinungen zufolge die Zeichen auf Abstieg und Schrumpfung. Die ausgesprochenen oder unausgesprochenen Fragen dahinter lauten: Sinken nicht immer mehr Menschen, die ehemals ökonomische und allgemeine Lebenssicherheit in der Mitte besaßen, in Zonen der Unsicherheit, der

ihrer Dynamik und ihrem wachsenden Wohlstand, ihrer Marktorientierung und ihrem Individualismus, aber eben auch ihren Risiken und ihrer permanenten Transformation, in der es bequemen Stillstand, der die eigentlich ganz komfortable Situation von heute oder gestern festhalten will, nicht gibt. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein war die überwiegende Mehrheit der Bevöl-

DIE MITTELSCHICHT HAT SICH ÜBER ALLE VERÄNDERUNGEN IN TECHNOLOGIE UND WIRTSCHAFT HINWEG ALS EINE KREATIVE KLASSE ERWIESEN.

Armut, der prekären Existenz ab? Und werden die Reichen nicht immer reicher, und nur wenige aus der ehemals breiten Mittelschicht bringen in diese Richtung – nach oben – ihr Schäfchen ins Trockene?

An diesen Debatten und Diagnosen ist manches richtig, einiges bedenkenswert und durchaus etwas neu – aber auch vieles verzerrt, undifferenziert und historisch kurzatmig. Der Streit um die gesellschaftliche Mitte gehört seit bald zweihundert Jahren zur modernen Gesellschaft dazu. Man kann sogar sagen: Er definiert die modernen westlichen Gesellschaften mit all

kerung, nicht nur im städtischen Industrie-proletariat, sondern erst recht auf dem Lande: Unterschicht. Der „Mittelstand“ der selbstständigen Existenzen, wie man damals sagte, machte höchstens ein Fünftel der Bevölkerung aus. Erst mit der Bildungsrevolution des 20. Jahrhunderts, mit technologischem Fortschritt und letztlich mit dem zunehmenden Wohlstand in der Boomphase nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Vorstellung überhaupt möglich – und auch Realität geworden –, dass mindestens die Hälfte der Bevölkerung zur Mittelschicht gehört. Das ist eine Faustregel geworden, »



Produktion von TV-Geräten anno 1950: In der Mittelschicht sind immer neue Wellen neuer Berufe entstanden — Mitte des vergangenen Jahrhunderts zum Beispiel in der Elektrotechnik und in der Umwelt- und Energietechnik.

ein kulturelles Leitbild, an dem wir uns bis heute orientieren. Auch Länder wie China oder die Türkei sind auf dem Weg dorthin, übrigens mit dem Effekt, dass Ungleichheit wächst, wenn nicht mehr 90 Prozent gleichförmig von der Hand in den Mund leben.

In Deutschland ist die gesellschaftliche Mitte – wie sonst vielleicht nur noch in den USA – in besonderer Weise zu einem Orientierungspunkt geworden, zu einem Leitbild und Angstbild, manchmal zu einer Obsession. Politische Parteien wollen lieber nicht konservativ oder sozialistisch sein, sondern streben aus allen Richtungen in die Mitte und sind besorgt, die Mittelschichten als Wähler zu gewinnen. Und seit den Zeiten des Vormärz und der Frühindustrialisierung haben kritische Zeitgenossen immer wieder den Abstieg der Mittelschichten prophezeit, ihr überwiegendes Absinken ins Proletariat.

Um 1900, als die großbetriebliche Fabrik-industrie ihrem Höhepunkt zustrebte, sahen viele den Untergang des Mittelstandes im Verschwinden der Handwerksberufe voraus. Sie und unzählige Beobachter nach ihnen haben sich ebenso getäuscht wie diejenigen unzweifelhaft falsch liegen, die heute so medienwirksam ankündigen, die nächste Welle der Digitalisierung werde zum Verlust jedes zweiten Arbeitsplatzes führen und nun auch die hochqualifizierten Berufe der gebildeten Mittelschichten treffen.

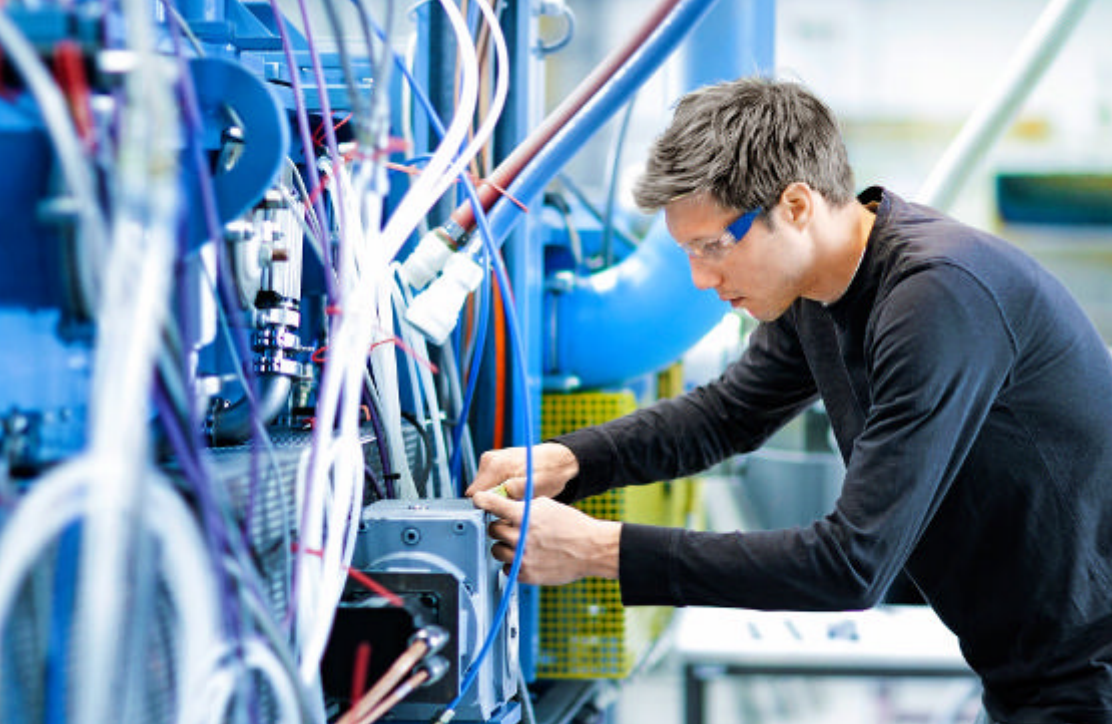
Solche Prognosen sind Bestandteil einer neuen Variante von Verfallsprognosen der Mitte. Sie gehören zu einer Erzählung, die sich seit etwa zehn, 15 Jahren immer tiefer im deutschen Selbstbewusstsein eingenistet hat und dabei auf erstaunliche Weise realitätsresistent geworden ist. In dieser Erzählung ist nicht nur die Mittelschicht, sondern sind alle sozialen und freiheitlichen Errungenschaften einer wundersam idealisierten Zeit, vermutlich irgendwo in den späten 1970er-Jahren, ausgehöhlt und aufgefressen worden, sind Opfer der erbarmungslosen Angriffe des „Neoliberalismus“.

Man sollte den Vereinfachern nicht mit Vereinfachung begegnen. Tatsächlich ist die große Expansion der Mittelschichten seit

den 1980er-Jahren abgebremst worden, vielleicht sogar zum Stillstand gekommen. Dieser Übergang in eine Plateauphase der Mittelschichtgesellschaft wird subjektiv, und zumal im Generationsübergang, immer wieder als Verlust erfahren: Der Sohn hat es tatsächlich schwerer, eine gut bezahlte, feste Stelle zu finden. Denn neue Konkurrenten um begrenzte Plätze sind aufgetreten. Spätestens hier wird die Geschichte kompliziert. Frauen gehören (in Deutschland viel mehr als Migranten) zu den großen „Mittelschicht-Gewinnern“ auch der letzten drei Jahrzehnte, gerade in den akademischen Berufen. Das unterschlägt die „Abstiegserzählung“ meist ebenso wie den mühsamen, immer noch hinkenden Neuaufbau einer Mittelschicht in der postsozialistischen Gesellschaft Ostdeutschlands.

Prognosen lagen häufig falsch

Hier lässt sich tatsächlich aus der Geschichte lernen: Zu häufig lagen die Verfallsprognosen falsch. Um 1900 hat die Industrie viele Handwerksberufe aufgesaugt oder nahezu vernichtet – Schuhe kommen seitdem in der Regel aus der Fabrik. Aber andere Handwerksberufe haben sich erstaunlich stabilisiert, und niemand würde heute den Elektroinstallateur oder den Kfz-Mechaniker dem Untergang geweiht sehen. Vor allem jedoch sind in immer neuen Wellen neue Berufe der Mittelschichten entstanden oder expandiert. Vor 100 Jahren waren das die Angestellten in den Büros, im Handel, bei Banken und Versicherungen. Später waren es pädagogische Berufe oder Tätigkeiten im medizinischen Feld, von der Datenverarbeitung oder den Umwelt- und Energieingenieuren einmal ganz zu schweigen. Die Mittelschichten haben sich über alle Veränderungen in Technologie und Wirtschaft hinweg als eine kreative Klasse erwiesen, die vom dynamischen Wandel der Modernisierung, auch der Globalisierung, immer wieder profitiert hat – mehr als die Unterschichten im Ausgang aus der klassischen industriellen Produktionsgesellschaft es tun konnten. Gerade in Deutschland spricht nichts dagegen, dass



Wirtschaftswachstum dank hochqualifizierter Fachkräfte:

Die Mittelschichten haben sich über alle Veränderungen in Technologie und Wirtschaft hinweg als eine kreative Klasse erwiesen, die vom Wandel der Modernisierung profitiert.

sich dieser Trend fortsetzen wird. Statt über den nicht vorhandenen Abstieg der Mittelschicht zu klagen, sollte man deshalb besser den Blick auf eine Vielfalt echter Problemzonen und Dilemmata richten. Wie passen zum Beispiel Mitte und Migration zusammen? Warum dauert der Aufstieg der „alten“ Zuwanderer, etwa in der zweiten und dritten Generation der türkischstämmigen Deutschen, so lange? Und was können wir bei der Integration der Flüchtlinge besser machen als bei „Gastarbeitern“? Welche Rolle spielt Bildung, gerade auch akademische Bildung für den sicheren Platz in der Mittelschicht?

Der demografische Wandel bringt es mit sich, dass wir gesellschaftliche Mitte immer mehr jenseits der aktiven Erwerbszeit denken müssen. Eine gut situierte Rentner- und Pensionärsmitte wächst – aber vielleicht auch ihr Abstand zu den Kleinrentnern. Am Ende vererben die einen ein Eigenheim und anderes Vermögen, die anderen nicht. Was bedeutet das für den Anspruch einer liberalen Gesellschaft? Wer ehrlich ist, erkennt auch hier keine einfachen Antworten, die meist auf Schuldzuweisungen an Sündenböcke beruhen, sondern echte Konflikte: Liberal ist das meritokratische Prinzip, die Ableitung der sozialen Stellung aus eigener Leistung. Liberal ist aber auch die Freiheit, Vermögen zu bilden,

in der Familie weiterzugeben oder nach eigener Entscheidung zu stiften. Migration, Bildung, Alter – man könnte noch hinzufügen: Familienstrukturen, Geschlechterverhältnisse: Daran entscheidet sich die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte mindestens ebenso wie am ökonomischen Wandel und an der Globalisierung. Keiner dieser Faktoren steht eindeutig für Expansion oder für Verfall.

Ängste haben sich verselbstständigt

Doch in Teilen der Gesellschaft haben sich die Ängste inzwischen verselbstständigt. Das gilt auch für die Mittelschichten und sogar Teile des wohlhabenden, hochgebildeten Bürgertums. Es gab in der Geschichte Zeiten, in denen das subjektive Empfinden der Realität voraus war: Man sah die Welt euphorischer, vorbehaltloser, optimistischer, als es vielleicht angemessen oder klug war. Heute ist es umgekehrt. Die Ängste, nicht nur vor sozialem Abstieg, das Verlustempfinden, die Enttäuschung hinken der Realität auf gefährliche Weise hinterher. Nicht selten ist der Abstand so groß, dass die Wirklichkeit unter Generalverdacht steht und nur noch mithilfe von Verschwörungstheorien an die eigene Befindlichkeit geknüpft werden kann. Das ist der Nährboden des Populismus, des neuen „Extremismus der Mitte“. Es hilft nichts

– ihm muss mit der Wirklichkeit widersprochen werden, ebenso deutlich wie in ehrlicher Differenzierung. Dabei muss man nicht zu pessimistisch sein.

Denn zum Glück verfügt Deutschland über eine starke Mitte – nicht nur in einem materiellen Sinne, sondern auch was die kulturellen Ressourcen angeht: Eine Mittelschicht, die erstaunlich liberal und pragmatisch ist, dabei wertorientiert und moralisch empathisch, und die scharfe Kritik an einzelnen Zuständen in diesem Land nicht mit dem Wegwerfen der Loyalität zu demokratischer Verfassung und freier Gesellschaft verwechselt. ●



PAUL NOLTE, Jahrgang 1963, ist Historiker und Publizist und lehrt seit 2005 als Professor für Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Er forscht und schreibt seit mehr als zwei Jahrzehnten über Demokratie, soziale Ungleichheit und freie Gesellschaft.
redaktion@libmag.de

Die Zahlmeister der Nation

In kaum einem anderen Industrieland zahlen die Bürger so hohe Steuern wie in Deutschland. Gleichzeitig schwimmt der Finanzminister im Geld. Doch weil bei den Regierungsparteien der politische Wille fehlt, lässt eine Steuerreform auf sich warten.

// TEXT // **FRIEDRICH THELEN**

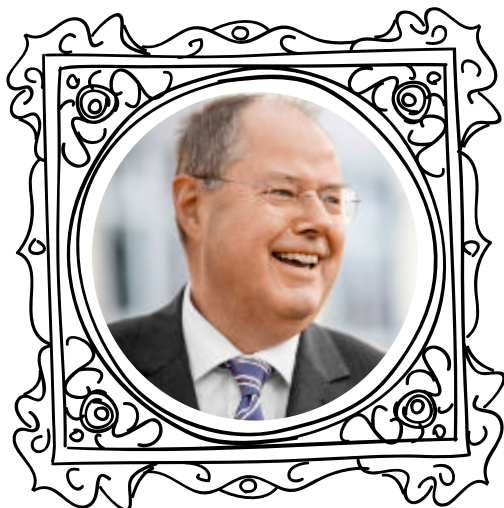


Die Ökonomen in diesem Land debattieren nun schon seit geraumer Zeit darüber, wie angeblich oder tatsächlich ungleich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind. Die Beurteilung des Phänomens einer angeblich eingequetschten Mittelklasse in Deutschland bewegt sich dabei in Extremen: Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, hält es für eine „Mär“, dass die deutsche Mittel-

schicht extrem steuerlich und durch Abgaben belastet sei. Hingegen prangert Marc Beise, Wirtschaftsredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, die „Ausplünderung“ der Mittelklasse an.

Bei solchen unterschiedlichen Einschätzungen hilft ein Blick auf die Zahlen. Fakt ist, dass der gehobene Mittelstand den Hauptanteil des Einkommensteueraufkommens trägt. Während Geringverdiener keine oder kaum Steuern zahlen, leistet die (gehobene) Mitte einen

Fotos: Markus Schreiber/AP Photo, 2013 Photothek, Imago stock&people, Getty Images, Shutterstock



Reformbremser: der amtierende Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und seine beiden Amtsvorgänger Peer Steinbrück und Hans Eichel (beide SPD, von links nach rechts).

massiven Anteil am Steueraufkommen. Nach aktuellen Daten des Bundesfinanzministeriums tragen die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher über 55 Prozent des Einkommensteueraufkommens, auf das gesamte oberste Fünftel entfallen 71 Prozent. Empfänger niedriger Einkommen belastet der Fiskus nach Berechnungen des Karl-Bräuer-Instituts im 20-Jahres-Vergleich deutlich weniger als die Bürger mit mittlerem Einkommen. Demnach musste im Jahr 1990 ein Lediger mit einem Jahreseinkommen von 15.000 Mark effektiv 12,3 Prozent Einkommensteuer zahlen. Von einem vergleichbaren Einkommen im Jahr 2010 bekam der Bürger nur noch sechs Prozent Einkommensteuer abgezogen – das ist eine Verringerung um über 50 Prozent. Genau gegenläufig ist der Trend bei den mittleren Jahreseinkommen. Auf ein Einkommen von 45.000 Mark (das entspricht umgerechnet etwa 23.000 Euro) wurden nach Berechnungen der Bräuer-Ökonomen vor 20 Jahren rund sechs Prozentpunkte weniger Steuern fällig.

**VOR ALLEM DIE
MITTE TRIFFT DAS
PHÄNOMEN DER
KALTEN
PROGRESSION.**

Ein Teil dieser Entwicklung ist die logische Folge des progressiven deutschen Steuersystems. Weil der Tarif, abgesehen von kleineren Änderungen, nun schon seit Jahren unverändert geblieben ist, rutscht die Mittelschicht mit jeder tariflichen Lohnerhöhung unweigerlich in Richtung des Spitzensteuersatzes von 42 Prozent. Erst ab einem zu versteuernden Einkommen von rund 255.000 Euro wird seit 2007 die sogenannte „Reichensteuer“ fällig, nach der von jedem zusätzlich verdienten Euro 45 Prozent Einkommensteuer zu zahlen sind. Allerdings rückt auch hier ein historischer Vergleich die Relationen zurecht: 1960 musste jemand umgerechnet 222.000 Euro verdienen, um mit dem letzten Euro im Bereich des Spitzensteuersatzes zu landen. Heute greift die Spitzensteuer schon ab einem Jahreseinkommen von knapp 53.000 Euro.

Sozialabgaben sind eine zusätzliche Last

Dazu müssen Arbeiter und Angestellte steigende Abgaben zu den Sozialversicherungen verkraften. Die Beiträge zu fast jedem Zweig der Sozialversicherung sind in den vergangenen Jahren gestiegen – gerade für mittlere Einkommensbezieher. Zwar ist seit 2015 der Betrag zur gesetzlichen Krankenversicherung, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils hälftig tragen, auf 14,6 Prozent eingefroren worden. Doch weil die Kosten im Gesundheitssystem explodieren, steigen entsprechend die Ausgaben der Krankenkassen. Folge: Die Beiträge werden erhöht – und zwar einseitig zulasten der Arbeitnehmer in Form eines Zusatzbeitrages. Allein dieser Zusatzbeitrag wird sich einer Studie des Gesundheitsökonom Jürgen Wasem von der Uni Duisburg-Essen zufolge »



Fiskalische

Gralschüter: die ehemaligen Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine (SPD), Theo Waigel (CSU) und Gerhard Stoltenberg (CDU) (von links nach rechts).

bis 2020 von derzeit 1,1 Prozent auf 2,4 Prozent mehr als verdoppeln. Dazu kommt der bereits für 2017 vereinbarte Anstieg des Pflegebeitrags um 0,2 Prozentpunkte, wovon Beschäftigte die Hälfte tragen.

Ein Einwand zu dieser Entwicklung lautet, dass die Löhne in den vergangenen Jahren zugelegt haben und somit die Belastung für die Bürger tragbar sei. Allerdings verliert dieses Argument schnell an Beweiskraft, wenn die Kaufkraftentwicklung mit einbezogen wird. Zwar sind zwischen 1999 und 2010 die Bruttolöhne um mehr

als 50 Prozent gestiegen, unter Berücksichtigung der Inflation lag das Realeinkommen aber auf dem gleichen Niveau wie 20 Jahre zuvor.

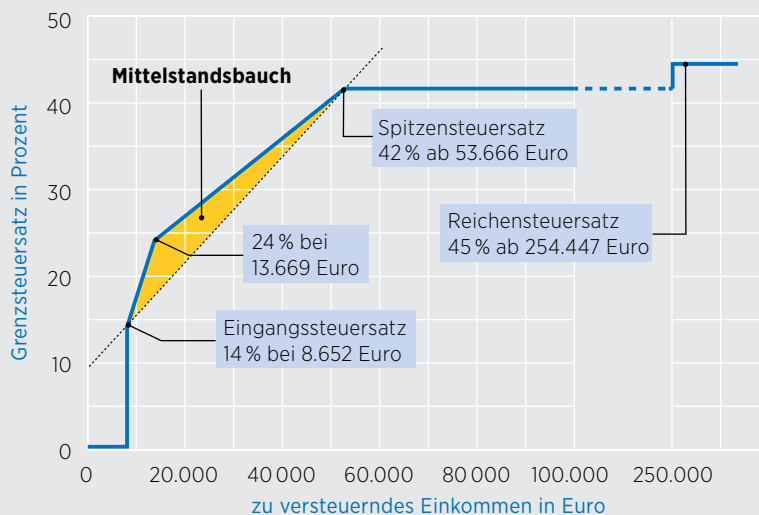
Gewerkschaftler beklagen, dass die (Netto-)Einkommen in dieser Zeit sogar gesunken sind. Weil der Einkommensteuertarif über Jahre hinweg nicht mehr angepasst worden ist, trifft mittlerweile die Mitte das Phänomen der kalten Progression: Ein Teil jeder Gehaltserhöhung wird von der Inflation aufgeessen, dennoch zahlt der Arbeitnehmer höhere Einkommensteuer.

Steuereinnahmen steigen rasant

Den Steuerpolitikern aller Parteien ist diese Problematik zwar bewusst. Indes passiert ist bislang jedoch nichts. Zwar hebt die Regierung den Grundfreibetrag des Steuerzahlers immer wieder an, weil der Staat gesetzlich verpflichtet ist, das Existenzminimum der Bürger zu schonen. Doch eine weiterreichende Steuerreform lässt bislang auf sich warten. Alle Ideen und Pläne wie etwa die Abschaffung des Solis hat entweder der jeweils amtierende Finanzminister mit Hinweis auf die Haushaltslage im Keim erstickt oder die Länder ließen sie im Bundesrat scheitern.

Dabei überzeugt das immer wieder vorgebrachte Argument des hochverschuldeten Staates nicht. Es mangelt der öffentlichen Hand nicht an Geld. Das gesamte deutsche Steueraufkommen erreichte im Jahr 2012 600 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2014 stieg es auf 614 Milliarden Euro und soll nach entsprechenden Einschätzungen der Steuerexperten im Jahr 2019 bei 760 Milliarden Euro liegen. Es spricht viel dafür, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Ende des laufenden

Steuersätze nach Einkommen in Deutschland



Quellen: Bundesfinanzministerium, eigene Recherche



ALLE PLÄNE UND IDEEN ZU EINER STEUERREFORM HABEN DIE JEWEILS AMTIERENDEN FINANZ- MINISTER MIT HINWEIS AUF DIE HAUSHALTSLAGE IM KEIM ERSTICKT.

Jahres abermals einen Überschuss in der Kasse hat. Das hat den Deutschen – insbesondere der Mittelklasse – aber keine Entlastung gebracht. In einem Vergleich nationaler Steuerquoten, den die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) vorgenommen hat, landet Deutschland auf einem traurigen dritten Platz. Noch stärker bittet der Fiskus die Bürger nur noch in Belgien und Österreich zur Kasse. Nicht zu Unrecht plädieren daher die Wirtschaftsexperten in den deutschen Parteien für eine grundlegende Steuerreform. Gut ein Jahr vor der Bundestagswahl werden daher plötzlich die regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Inflation oder die Abschaffung des Solidaritätszuschlags diskutiert.

Seit der letzten Stufe der rot-grünen Steuerreform des damaligen Finanzministers Hans Eichel im Jahre 2005 ist das deutsche Einkommensteuerrecht weitgehend unverändert geblieben. Auch die entschiedensten Steuerreformer bestreiten nicht, dass eine moderne, soziale und liberale Gesellschaft dafür zahlen muss, dass ihr inneres Gleichgewicht und der soziale Frieden bewahrt bleiben. Und selbstverständlich gehören dazu auch gute Bildungsinstitutionen und eine moderne Infrastruktur.

Dass der dennoch stetig steigenden Steuerbelastung der Mittelschicht Einhalt zu gebieten ist, darüber sind sich viele der in der Verteilungsfrage Zerstrittenen einig. „Die Steuer- und Abgabenlast für die Mittelschicht ist zu hoch“, sagt der liberale Wirtschaftsweisen Lars Feld. Und selbst die Gewerkschaften stimmen in den Ruf nach Reformen ein. „Bei der Einkommensteuer muss der Grundfreibetrag viel stärker steigen als vom Bundestag

beschlossen“, so der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Stefan Körzell. „Außerdem muss der Anstieg des Steuertarifs für geringere Einkommen abgeflacht werden.“

Die Sensibilität für das Thema ist bei nahezu allen bürgerlichen Parteien geweckt. Allerdings kostet allein die Abflachung des Steuertarifs, der sogenannte Mittelstandsbauch, 24 Milliarden Euro. Selbst bei prall gefüllter Bundeskasse müsste der Bund die dadurch entstehende Finanzlücke mit höheren Einnahmen füllen, wenn er sich an die Schuldenbremse halten will. Das durchzusetzen ist politisch heikel. Zumal ein weiterer Aspekt nicht zu unterschätzen ist: Politiker halten erfahrungsgemäß an einmal eingeführten Steuern fest. Da wird die gesellschaftliche Mitte in Deutschland auf eine steuerliche Entlastung noch warten müssen. ●



FRIEDRICH THELEN hat über 30 Jahre hinweg als politischer Journalist gearbeitet. Lange Zeit davon war er Leiter der Parlamentsredaktion der *Wirtschaftswoche*. Vor zehn Jahren gründete er das Beratungsunternehmen Thelen-Consult. redaktion@libmag.de

Am Ende der Geduld

Mit einer antiquierten Verwaltung stiehlt der Staat seinen Bürgern wertvolle Lebenszeit. Beispiele in Nachbarländern zeigen, was möglich ist, wenn die Politik handelt.

// TEXT // CHRISTIAN LINDNER

Das Leben ist kurz, und seine Zeit zu verlieren ist eine Sünde. Was der französische Schriftsteller Albert Camus im 20. Jahrhundert notierte, scheint in unserem Zeitalter der Beschleunigung aktueller denn je. Denn obwohl der technische Fortschritt dazu führen müsste, dass dem Einzelnen mehr Zeit zur Verfügung steht, leiden wir heute am Gegenteil: die Zeit ist zu knapp. In Debatten über „Work-Life-Balance“ und „Quality-Time“ gerät dabei häufig aus dem Blick, dass es der Staat ist, der uns besonders viel von unserer Zeit stiehlt.

3.787.237 Minuten Verspätungen gab es 2014 im Fernverkehr der Deutschen Bahn – dabei erfasst die Statistik der Bahn eine Verspätung erst dann als solche, wenn der Zug mehr als sechs Minuten dem Fahrplan hinterherfährt. 341.000 Stunden standen deutsche Autofahrer im vergangenen Jahr im Stau – in einer Stauschlange, so lang, dass sie 28-mal um die Erde reichen würde. 15 Tage braucht eine gewerbliche Gründung in Deutschland, neun behördliche Anmeldeprozeduren sind dabei zu durchlaufen. Zum Vergleich: In Kanada reicht ein Onlineformular.

Die deutsche Bürokratie dämpft nicht nur wirtschaftliche Produktivität. Vor allem raubt sie den Bürgern Lebenszeit, weil Leben etwas anderes ist, als auf zugigen Fluren neben einer Gummipalme auf den Aufruf seiner Nummer zu warten.

Wenn man sich allein vergegenwärtigt, wofür hierzulande noch alles Papier und persönliche Präsenz beim Behördenkontakt Pflicht ist: Fast 21 Millionen Mal im Jahr werden in Deutschland zum Beispiel Autos

an- oder umgemeldet. In 67 von 68 Kommunen, die das Fraunhofer-Institut im Auftrag des Nationalen Normenkontrollrats 2015 untersucht hat, mussten die Halter dafür beim Amt erscheinen. Das sind Millionen Behördengänge, die den einzelnen Bürger wertvolle Zeit kosten. Ausgedruckt mitzubringen sind übrigens jeweils der ausgefüllte Zulassungsantrag, der Fahrzeugschein, der Nachweis einer gültigen Hauptuntersuchung (HU), der HU-Prüfbericht, der Fahrzeugbrief, der Personalausweis, der Auszug aus dem Handelsregister (bei Firmen) oder der Auszug aus dem Vereinsregister (bei Vereinen). Kein Wunder, dass Deutschland so viel Papier verbraucht wie Afrika und Südameri-

ka zusammen: fast 250 Kilogramm pro Jahr und Kopf.

Dieses verstaubte An- und Ummeldeverfahren kostet Bürger und Wirtschaft 728 Millionen Euro pro Jahr, schätzt das Fraunhofer-Institut. Die Behörden werden mit ungefähr 198 Millionen Euro im Jahr belastet – wohlgerneht allein bei der Kfz-Meldung. Auch andere Behördengänge sind viel zu häufig Zeitfresser: Melderegisterauskünfte zum Beispiel werden in Deutschland 14 Millionen Mal im Jahr erteilt. Fast acht Millionen Briefe werden dafür per Post verschickt, weil dieser Vorgang laut Fraunhofer-Institut nur in 28 von 68 untersuchten Kommunen per E-Mail oder online möglich ist. Aber





FAST 21 MILLIONEN MAL IM JAHR WERDEN IN DEUTSCHLAND ZUM BEISPIEL AUTOS AN- ODER UMGEMELDET

selbst wo es den elektronischen Rechtsverkehr gibt, reicht dieser häufig nur „bis zur Pforte“. In vielen Gerichten etwa werden die elektronisch eingegangenen Schriftstücke ausgedruckt und in den hausinternen Papierumlauf gegeben. Auch das kostet vor allem eines: Zeit. Es geht auch anders. In Estland ist der Beruf des Steuerberaters weitgehend unbekannt – jeder Bürger kann seine Steuererklärung digital selbst erledigen. Im Durchschnitt dauert das Ganze drei Minuten. So schnell lässt sich nicht mal ein Bierdeckel beschriften. Nach fünf Tagen bekommt der Bürger seinen Steuerbescheid. In der Hansestadt Bremen warten Bürger im Schnitt 90 Tage darauf.

Das Beispiel Estland zeigt, was möglich ist, wenn wir handeln. Erstens brauchen wir endlich ein einfacheres Steuerrecht. Wolfgang Schäuble hat bisher nicht nur jede Steuerentlastung verhindert, sondern auch Vereinfachungen im Steuerrecht blockiert. Zweitens brauchen wir eine Modernisierung der Verwaltung. Die Bürger sind informierter, gebildeter und selbstbestimmter denn je. Das muss sich auch in der Verwaltung spiegeln: Wir brauchen einen Staat, der es uns

einfach macht. Alle Gesetze sollten darauf durchforstet werden, wo Bürger ohne Not zur Behördenpräsenz gezwungen werden. Wohngeldanträge, Baugenehmigungen und Wohnungsanmeldungen sind Beispiele für Verwaltungsvorgänge, die bequem und schnell von zu Hause aus zu erledigen sein sollten. Besonders Gründer leiden unter bürokratischen Hürden – für sie sollte ein bürokratiefreies Startjahr gelten. Dadurch hätten sie mehr Zeit, an ihrer Geschäftsidee zu feilen. Ein Gewerbe anzumelden sollte künftig zudem so schnell gehen, wie ein Auto zu mieten: Statt 15 Tage müssten künftig 15 Minuten wie in Estland reichen.

Drittens müssen wir in unsere Infrastrukturen investieren. Glasfaser und Straßen müssen Vorrang haben vor Umverteilung und Bürokratie. Die flächendeckende Verfügbarkeit von breitbandigem Internet ist nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für einen modernen Staat – schnelles Internet

spart vor allem Zeit. Angesichts des Verfalls von Straßen, Brücken und Bahnen und des dadurch entstehenden Lebenszeitverlusts für Betriebe und Bürger sollte der Bund zudem 20 Jahre lang jeweils zwei Milliarden Euro in einen Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlen. Kommunen und Länder können den riesigen Sanierungsstau nicht allein beheben – das ist eine gesamtstaatliche Herausforderung.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, die Modernisierung unseres Landes und seiner Verwaltungsstrukturen sei primär eine ökonomische Frage. Ein moderner Staat mit moderner Infrastruktur und Verwaltung klaut uns allen weniger Zeit. Zeit für Familie, für ehrenamtliches Engagement oder beruflichen Erfolg. Oder für pure Lebensfreude. ●



CHRISTIAN LINDNER ist seit 2013 Bundesvorsitzender der FDP. Ein Jahr zuvor ist er für die FDP in den nordrhein-westfälischen Landtag eingezogen, wo er Vorsitzender der Landtagsfraktion der FDP Nordrhein-Westfalen ist.
redaktion@libmag.de





Die Kraft der Mitte

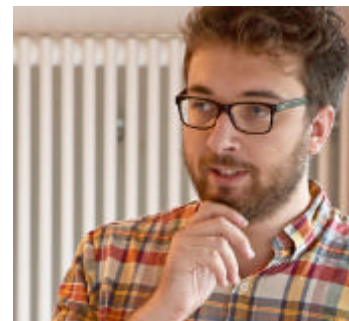
Ehrenamtliches Engagement und private Initiative für den guten Zweck halten unsere Gesellschaft zusammen. Vier Alt-Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigen, wie sie mit ihren Vereinen und Start-ups etwas bewegen. // TEXT // **MARCEL BERNDT**

Wunscherfüller: Franziska Haider (rechts) und Benedikt Groh (Foto unten) sorgen für etwas Freude im Leben von Kindern, die in sozialen Einrichtungen leben.



Christkindl e. V. Kinder glücklich machen

Ein Weihnachtsbaum berührte die Münchner Studenten Franziska Haider und Benedikt Groh während ihres Wochenend-Trips nach Köln besonders: Die Tanne in ihrer Hotellobby schmückten Zettel mit Kinderwünschen, die Gäste gegen eine Spende erfüllen konnten. Die Idee begeisterte das Duo so sehr, dass es nicht nur einem Jungen sein ersehntes Spielzeug bescherte, sondern – zurück in München – auch einen gemeinnützigen Verein gründete. Christkindl e. V. lässt Kinder in sozialen Einrichtungen ihre Wünsche aufschreiben, die Spender mit jeweils 15 Euro erfüllen können. Groh, Haider und andere fleißige Mitglieder besorgen die Geschenke, packen sie ein und übergeben sie den Einrichtungen – mitunter bei einer kleinen Feier. „Unser Vorteil ist die höhere Spendenbereitschaft vor Weihnachten“, sagt Groh. Unterstützt werden unter anderem Frauenhäuser und Ronald-McDonald-Häuser. Die Wünsche sind auf der Vereinshomepage zu finden oder hängen an Weihnachtsbäumen in einer Münchner Arztpraxis, einer Anwaltskanzlei oder der Zentrale von Telefónica. Der Verein zählt 30 Mitglieder – darunter zwei ehemalige FNF-Stipendiaten und eine aktive FNF-Stipendiatin.





TRACK

Mit einem Flüssignack ein gesellschaftliches Problem anpacken

Andere Studenten kellnern oder geben Nachhilfe, FNF-Stipendiat Jan-Frieder Damm (rechts) und sein Kommilitone Jakob Repp warteten bis zu neun Stunden vor der Ticketkasse der Bayreuther Festspiele, um die begehrten Restkarten später weiterzuverkaufen. Die damaligen Bachelor-Studenten der VWL und Philosophie stellten sich dabei immer wieder eine Frage: Was nehmen wir zu essen mit? „Wir konnten uns ja nicht wegbewegen“, berichtet Damm. Daraus erwuchs die Idee für ihr Start-up, mit dem sie einerseits ein Problem des Zeitgeists bekämpfen, andererseits dem Wunsch nach biologisch und nachhaltig hergestellten Nahrungsmitteln entgegenkommen: Nach ihrem Abschluss haben sie „TRACK the liquid snack“ entwickelt, eine flüssige Zwischenmahlzeit, die alle wichtigen Nährstoffe im richtigen Verhältnis bietet und nachhaltig sättigt. Sie ist bio-zertifiziert, vegan, glutenfrei, laktosefrei und abgefüllt in einer umweltschonenden Papierdose. „Die Menschen sind ständig auf Achse“, beschreibt Damm ein Grundproblem des modernen Lebens. „Es ist kaum möglich, fünf Termine am Tag zu haben, hohe Leistung zu liefern – und auch noch auf eine gesunde Ernährung zu achten. Letzteres bleibt dann meist auf der Strecke.“ Ihr Start-up soll die Lösung bieten. Geld verdienen allein ist für Damm schließlich kein Selbstzweck: „Für mich war immer klar, dass ich mit einer Gründung ein gesellschaftlich relevantes Problem angehen will.“

Geschäft mit gutem

Gewissen: Jakob Repp und Jan-Frieder Damm (v.l.) ermöglichen eine gesunde, nachhaltige Ernährung in unserer schnellleibigen Zeit.



Entrepreneurs Pforzheim

Dem Gründergeist auf die Sprünge helfen

Sascha Rudolph will dort mitmischen, wo die großen Ideen und Innovationen entstehen – und da bewegt sich aktuell nirgends so viel wie in der Gründerszene. Als FNF-Stipendiat konnte sich der Wirtschaftsingenieur im Netzwerk der Stiftung reichlich zur Existenzgründung austauschen. Der Haken: Den meisten Studenten bleibt diese Möglichkeit verschlossen. „Dadurch haben sie keine Berührungspunkte mit der Gründerszene und viele gute Ideen bleiben im Verborgenen“, sagt Rudolph. Das wollte der ehemalige Student an der Hochschule Pforzheim ändern und gründete mit neun Kommilitonen den Verein Entrepreneurs Pforzheim e. V. Dieser hat mittlerweile 40 Mitglieder und soll den unternehmerischen Gedanken unter Studenten fördern, sie motivieren, ihre Ideen umzusetzen – und den Vorteil von Teamgründungen verdeutlichen. Darin liegt das Alleinstellungsmerkmal der Plattform, die nicht nur auf den Austausch setzt, sondern auch auf das Miteinander bei einer Gründung. „Wenn mehrere Leute mit komplementären Fähigkeiten gemeinsame Interessen verfolgen, steigt die Erfolgswahrscheinlichkeit“, sagt Rudolph. Die ersten Ergebnisse: Bei der regionalen Ausscheidung des Elevator Pitch BW, dem Gründerwettbewerb des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg, haben zwei Teams aus dem Netzwerk den ersten und dritten Platz belegt, ein Team erhielt eine Gründungsförderung des Programms EXIST des Bundeswirtschaftsministeriums.





DIE AUFKLÄRERINNEN

Sie hätten Hausfrauen werden sollen oder Helferinnen im Flüchtlingscamp, stattdessen schlugen Haifa Ezzaz Ahmed (29, im Bild rechts) aus Rojava (Nord-Syrien) und Haneen Hassan (19, links) aus Falludscha (Zentral-Irak) einen anderen Weg ein: Sie wurden Journalistinnen. Täglich senden sie über das **Dange NWE Radio Halabja** (Nord-Irak) ein Programm nur für Flüchtlinge. Dafür ehrt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Journalistinnen mit dem diesjährigen Raif Badawi Award, der am 19. Oktober im Rahmen der Frankfurter Buchmesse verliehen wird. Der Preis geht nicht nur an Haifa und Haneen, sondern an alle mutigen Radio-Frauen, die jeden Tag ihre Stimme aus Halabja erheben.

// INTERVIEW // **CONSTANTIN SCHREIBER**

Herzlichen Glückwunsch zum Raif Badawi Award 2016! Was bedeutet Ihnen ein solcher Preis?

Haifa Ezzaz Ahmed: Der Preis hat für unser Radio und auch für mich persönlich eine große Bedeutung. Wir arbeiten fast ohne Gegenleistung und rund um die Uhr. Es ist ein schönes Gefühl, dass wir nun diese Auszeichnung bekommen, und eine große Motivation. Ich bin ein Flüchtling und alle Flüchtlinge brauchen eher materielle als moralische Unterstützung. Was aber mich angeht, muss ich sagen: Ich ziehe trotz meiner materiellen Not einen Preis vor, der die Arbeit würdigt, die ich leiste. Geld kann ich überall verdienen.

Was ist das Besondere an Ihrem Radioprogramm?

Haneen Hassan: Wir sind das erste Radio im Irak, das Flüchtlingen und Vertriebenen eine Stimme gibt. Wir beschäftigen uns ausschließlich mit Themen, die diese Menschen besonders interessieren.

Haifa: Da wir selbst auch Flüchtlinge sind, können die Hörer viel besser mitfühlen und wir können uns besser in sie hineinversetzen. Unsere Radioprogramme sind in mehreren Sprachen und Dialekten abruf-

bar - etwa in Arabisch, Kurdisch, Sorani (kurdischer Dialekt, Anm. d. Red.).

Frühschicht, Nachtdienst, rund um die Uhr - oder wie sieht der Alltag in Ihrem Sender aus?

Haneen: Der Tag in unserer Radiostation beginnt um acht Uhr morgens und dauert bis zwölf Uhr mittags.

Haifa: Wir fangen mit verschiedenen zweisprachigen Nachrichten an, dazu viel Musik – kurdische und arabische Lieder. Außerdem schalten wir Gäste aus der ganzen Welt für Interviews zusammen, und dann beginnen wir mit unseren Beiträgen.

„WENN DU EUROPA BEWUNDERST, DANN BLEIB IM IRAK UND MACH DARAUS EIN STÜCK EUROPA.“

Wie sind Sie zum Flüchtlingsradio gekommen?

Haifa: Ich hatte einen Nähkurs in unserem Flüchtlingslager besucht, dort traf ich Mitarbeiter der deutschen Wadi-Organisation, die verschiedene Projekte im Nahen Osten unterstützen. Der Leiter wählte acht Jugendliche aus, die mehrere Monate unterrichtet wurden. Am Ende kamen vier von ihnen in die engere Auswahl und ich war einer dieser Jugendlichen.

Haneen: Mir ging es wie Haifa. Ich bin auch über den Nähkurs zum Radio gekommen.

Welche Geschichten wollen Sie gern erzählen?

Haifa: Ich möchte der ganzen Welt das Leid der Flüchtlinge zeigen, damit die zuständigen Behörden ihnen zuhören und zumindest einige ihrer Forderungen erfüllen. Außerdem setze ich mich für Bildungsprogramme ein, vor allem für die Kinder, die Bildung und Unterricht benötigen – und dies über das Radio. Zu den wichtigsten Themen gehören natürlich Nachrichten aus Syrien und dem Irak, aus der ganzen Welt. Wir produzieren auch Sendungen über Gesundheit, Wirtschaft und Technik.

Wie schalten Ihre Zuhörer ein?

Über das klassische Radio?

Haneen: Man kann uns über UKW 88,6 MHz empfan-

gen oder auch, indem man uns auf Facebook folgt. Haifa: Unsere Zielgruppe sind Syrer und Iraker, die Radio direkt hören.

Welches Feedback bekommen Sie von Ihren Hörern?

Haifa: Viele Hörer sind von unserer Arbeit beeindruckt. Sie wundern sich, wie wir das ohne jede Medienerfahrung leisten können. Viele Syrer schreiben mir auch, dass sie stolz auf meine Arbeit als Flüchtling sind.

Und Kritik?

Haifa: Kritisiert wird nicht unsere Arbeit, sondern eher, dass die Übertragungsmöglichkeiten so schlecht sind und es an Rundfunkanlagen mangelt. Die Hörer fordern auch, dass wir unsere Ausstrahlung auf die gesamte Region Kurdistan ausdehnen.

Welche Botschaft haben Sie an die Zuhörer, die auf gepackten Koffern sitzen und schnellstmöglich Richtung Deutschland aufbrechen wollen?

Haifa: Ich sage ihnen, dass sie wenig davon haben, wenn ich weg bin und du weg bist und alle anderen auch fortgehen. Wir verlassen das Land, denn die Früchte Europas sind süß und Deutschland ist großartig, aber nur für die Deutschen. Meine Botschaft: Wenn du Europa bewunderst, dann bleib im Irak und mach den Irak zu einem Stück Europa.

Wie berichten Sie über Bundeskanzlerin Angela Merkel?

Haifa: Sie ist eine Frau, die ein schönes Bild in die Köpfe jedes Flüchtlings projiziert hat, indem sie Flüchtlinge in Europa aufgenommen hat – sogar mehr als jedes arabische Land –, und wir als Syrer sehen in ihr einen großartigen Menschen. ●

ZUR PERSON

CONSTANTIN SCHREIBER ist Moderator bei n-tv und Hauptstadtcorrespondent von RTL. Seine arabische Sendung „Marhaba“, Deutschlands erstes TV-Format für Flüchtlinge, erregte großes Aufsehen im In- und Ausland. Im ägyptischen Fernsehen moderiert er außerdem die Wissenschaftssendung „Scitech“. 2015 gab Schreiber das Buch „1.000 Peitschenhiebe: Weil ich sage, was ich denke“ mit Texten von Raif Badawi heraus. Schreiber ist zusammen mit Badawis Ehefrau Ensaf Haidar Initiator des Raif Badawi Awards.



**RAIF
BADAWI
AWARD**
for courageous
journalists 2016

Um Badawis Kampf für eine freiheitliche Gesellschaft zu unterstützen und sein Vorbild im Einsatz für die Menschenrechte zu fördern, engagiert sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und verleiht den **Raif Badawi Award for courageous journalists**. Der Preis wird vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels unterstützt.

NEUE WOHNUNGEN BRAUCHT DAS LAND

Bezahlbare Mietwohnungen in Deutschlands Metropolen sind knapp. Zwar subventioniert der Staat den Wohnungsbau mit Milliarden Euro. Doch Geld ist nicht das Problem – sondern die Wohnungsbaupolitik.

// TEXT // STEFAN KREITWOLF

Kein Auge sieht ihn. Er ist nahezu unsichtbar. Und doch ist er da. Ein kleiner gelber Zettel an einer vollgeschmierten Laterne im angesagten Berliner Stadtteil Friedrichshain. An seinem Ende flattern eigens dafür eingeschnittene Abreißfetzen. Darauf eine Handynummer und eine Google-Mail-Adresse. Darüber steht: „Kleiner Berliner (6 Monate) möchte gern in seiner Geburtsstadt aufwachsen und sucht für sich und seine Eltern eine Dreizimmerwohnung bis 1.000 Euro warm.“ Neben „Go Vegan“-Stickern und goldenen Strichen unbekannter Street-Art-Künstler sucht eine junge Familie eine Wohnung. Das ist kein seltenes Bild in diesen Tagen. In deutschen Städten konkurrieren Gering- und Normalverdiener um ein knappes Gut: bezahlbaren Wohnraum.

Junge Familien, Alleinerziehende, Singles und Studenten, aber zunehmend auch des Landlebens überdrüssige Senioren drängen in die Zentren der Großstädte. Sie alle buhlen um dieselben Wohnungen: zwei bis drei Zimmer, Küche, Bad, Balkon – und das Ganze bitte für sechs, sieben Euro pro Quadratmeter. Doch in den Ballungszentren steigen die Mietpreise rasant – trotz oder gerade erst wegen der faktisch geflopten Mietpreiskontrolle von Justizminister Heiko



Maas. Innerhalb von fünf Jahren sind die Mieten in München um 30 Prozent gestiegen, in Berlin gar um 32 Prozent, wie das Forschungsinstitut Empirica errechnete. Gerade in der Bundeshauptstadt, wo im September eine neue Landesregierung gewählt wurde, ist die Lage besonders prekär. Jede innerstädtische Brache wird gefüllt, am Stadtrand werden Siedlungen gebaut. Mit Edelbauten wie „The Wilhelm“ oder den „Kronprinzengärten“, die zurzeit an zentralen Orten der Stadt im Bau oder in Planung sind, wird die preußische Tradition beschworen. Doch das sind High-End-Quartiere. Für die Masse der Wohnungssuchenden sind sie nicht erschwinglich. Zwar werden durch den sogenannten Sickerseffekt günstigere Wohnungen frei, wenn Mieter mit höherem Einkommen in teurere Wohnungen umziehen. Der Effekt besagt, dass jede neu geschaffene Wohnung für eine Verbreiterung des Angebots sorgt. Menschen mit weniger finanziellen Mitteln könnten die frei gewordenen Wohnungen mieten. Dennoch reicht die Neubautätigkeit im niedrigen Preissegment nicht aus, um die Nachfrage zu decken.

Zum eigentlichen Problem gesellt sich der Zustrom an Flüchtlingen. Er verschärft den Verteilungskonflikt noch. Und der

Foto: chinaface

Bedarf wird steigen, unabhängig von den geringeren Flüchtlingszahlen der vergangenen Monate. Das prophezeien zumindest die Immobilienweisen – ein fünfköpfiges Gremium, das die Bundesregierung in Immobilienfragen berät. Denn ein Großteil der Asylsuchenden werde dauerhaft bleiben und ströme schon bald auf den Wohnungsmarkt. Die Immobilienweisen warnen deswegen, „dass es zu Engpässen in der Versorgung von Flüchtlingen kommt“, wenn die Politik nicht rasch „günstige Rahmenbedingungen für Investitionen“ schafft. Der Wohnungsmangel wird in den überfüllten Großstädten allmählich zur Wohnungsnot. Bis zum Jahr 2020 müssten deutschlandweit jährlich mehr als 350.000 Wohnungen gebaut werden, um den Bedarf zu decken, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln errechnet. Zum Vergleich: 2015 wurden 245.000 Wohnungen fertiggestellt. Das sind mehr als 100.000 zu wenig.

Absurder Vorschriftendschudel

„Wir sprechen nicht von einer Bedrohung in der Zukunft, die Gefahr ist da – ganz plötzlich hier und jetzt“, sagt Matthias Günther. Er

verfolgt am Eduard Pestel Institut für Systemforschung in Hannover die Entwicklungen am deutschen Immobilienmarkt. Sein Fazit lautete bereits im Jahr 2012, lange vor dem Anschwellen der Zuwanderungswelle: „Es besteht ein erheblicher Mangel an bezahlbarem Mietwohnraum in Deutschland.“ Die Größe des Defizits beziffert er auf mindestens vier Millionen Wohnungen. Insbesondere die Wanderungsbewegung hinein in die Metropolen mache den Bau neuer Wohnungen notwendig. „Wie die gerade veröffentlichten Baufertigstellungszahlen des Jahres 2015 zeigen, passiert nach wie vor viel zu wenig“, meint der Experte. Deswegen fordert Günther „einen massiven Ausbau des Wohnungsbestands“.

Doch der so dringend notwendige Neubau ist mit hohen Hürden verbunden. Eine Studie des Bochumer Instituts für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung in Zusammenarbeit mit der Kieler Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen bemängelte pünktlich zum „Wohnungsbau-Tag“ Anfang Juni 2016, dass die Kosten für einen Neubau seit dem Jahr 2000 um die Hälfte gestiegen

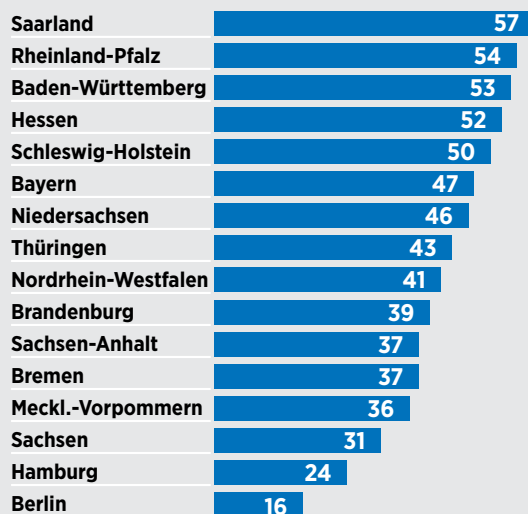
sind. Regeln, Gesetze und Vorgaben haben das Bauen verteuert, und jede neue Regel dreht die Kostenschraube weiter nach oben.

Allein ein Drittel der Kostensteigerungen ist auf die verschärften Vorschriften beispielsweise für Brand- und Schallschutz zurückzuführen. All diese Regeln sind für Bauherren die größten Hindernisse beim Neubau. Praktisch bis in die letzte Efeu-Verästelung schreiben die angeblich wohlmeinenden Landesväter und -mütter vor, wie ein Fahrradstellplatz oder ein Hausdach auszusehen hat. Die Präsidentin der Bundesarchitektenkammer (BAK), Barbara Ettinger-Brinckmann, sieht darin eine Bremse für den Wohnungsbau. „Insbesondere durch die immer höheren Anforderungen – etwa beim Brandschutz, beim Schallschutz oder dem Nachweis von Stellplätzen. Dadurch steigen die Nebenkosten“, sagt sie.

Dazu kommt die Energieeinsparverordnung (EnEV). Eine weitere Verschärfung der EnEV wäre aus Sicht der BAK-Präsidentin in der jetzigen Situation nicht sinnvoll. Das Verhältnis von Kosten und Nutzen wäre dem Bauherren nicht mehr zu vermitteln. Eine Kosten-Nutzen-Rechnung des Bundesver- ➤

Wohneigentumsquoten in Deutschland

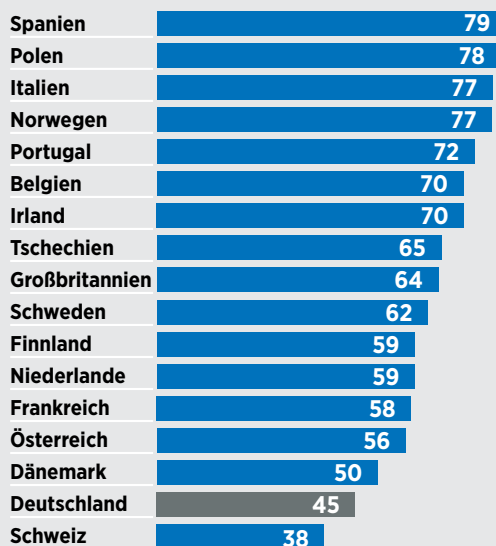
Wohnungen, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden (2013), Angaben in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wohneigentumsquoten in Europa

Wohnungen, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden (2015), Angaben in Prozent



Quelle: Euroconstruct/ifo

bands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen beweist indes: Die Baukosten erhöhen sich durch die neue EnEV um acht Prozent, es werden aber nur 0,02 Prozent Energie eingespart. Dadurch wird jeder Quadratmeter Wohnraum um 100 Euro teurer. „Die Kosten für einen Neubau im städtischen Raum liegen bei rund 3.000 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche“, konstatiert Timo Gniechwitz von der Kieler Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen. Um die Investitionskosten zu decken, muss der Investor dann zehn Euro Kaltmiete pro Quadratmeter fordern. Bezahlbarer Wohnraum ist das dann nicht mehr.

Nachverdichtung statt Regulierung

Was also tun? In vielen Städten fehlen schlicht Grundstücke, um neue Mehrfamilienhäuser zu planen. „Damit mehr gebaut wird, sollten Großstädte gemeinsam mit ihren Nachbarkommunen eine neue Baulandstrategie entwickeln“, empfiehlt Tobias Just, Professor für Immobilienwirtschaft an der Uni Regensburg. Gehören die Grundstücke den Kommunen, können sie beeinflussen, wer zu welchem Preis darauf baut. Die sogenannte Konzeptvergabe, bei der nicht der meistbietende Bewerber, sondern der mit dem besten Gesamtplan gewinnt, erlaubt das. Just rät außerdem: „Wir könnten aufwendige Energiesparvorschriften aussetzen und später realisieren.“ Das schaffe zumindest einen Teil der für Investoren sehr aufwendigen Regelungen beiseite.

Auch das Pestel-Institut sucht nach Alternativlösungen. Gemeinsam mit Forschern der TU Darmstadt erschloss Günther Potenziale für neuen Wohnbau innerhalb der Städte. Sein Vorschlag für eine Lösung: Nachverdichtung. Die Idee dahinter: Auf den Dächern von Mehrfamilienhäusern soll neuer Wohnraum geschaffen werden. Bestehende Gebäude könnten mit weiteren Etagen aufgestockt werden. Die Idee ist nicht neu, doch die Erhebung der TU Darmstadt



*„Damit mehr gebaut wird,
sollten Großstädte
gemeinsam mit ihren
Nachbarkommunen eine
neue Baulandstrategie
entwickeln.“*

Tobias Just,
Professor am Lehrstuhl für
Immobilienwirtschaft an der Uni
Regensburg



und des Pestel-Instituts liefert nun erstmals Zahlen dazu: Die Forscher fanden rund 580.000 geeignete Wohnhäuser in Gegenden mit einem angespannten Wohnungsmarkt. „Die lassen sich um eine oder zwei Etagen aufstocken“, berichtet Günther. „Damit könnten 1,1 Millionen neue Wohnungen mit einer Wohnfläche von 84 Millionen Quadratmetern entstehen“, summiert der Ökonom die Hochrechnungen.

Die Argumente für eine Aufstockung liegen auf der Hand: Die Suche nach neuen Grundstücken entfällt und es werden weniger Freiflächen bebaut. Außerdem stehen in den Gebäuden bereits Leitungen für Wasser, Strom und Heizung zur Verfügung. Anders als bei einem Neubau auf der grünen Wiese entfallen auch die Erschließungskosten für Straßen und Zufahrtswege.

Die Bundesregierung will den Vorschlag prüfen. Indes soll die Mietpreismbremse weiter dafür sorgen, dass die Mieten nicht mehr als zehn Prozent über der örtlichen Vergleichsmiete liegen. Doch ein Jahr nach ihrer Einführung steigen die Mieten weiter an. Die Bemühungen reichen nicht aus, wie das Beispiel Berlin zeigt. Zwar verhindert das Instrument die schlimmsten Exzesse der Gentrifizierung. Allerdings bremst die Mietpreismbremse nicht richtig. Im Gegenteil: Sie nimmt Vermietern kategorisch die Möglichkeit, Mieten im Bestand zu erhöhen. Die Folge: Sanierungen bleiben aus. Die privaten Vermieter ziehen sich vom Markt zurück und der Markt wird mehr und mehr von großen, börsennotierten Wohnimmobilien-gesellschaften beherrscht.

Mehr bezahlbaren Wohnraum schafft das nicht. Stattdessen würden die Nachverdichtung, die Neuausweisung von Bauland und die Abschaffung komplizierter Vorschriften für einen viel größeren Schub auf dem Wohnungsmarkt sorgen – also eher weniger als mehr Staat, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Doch die Große Koalition ist nicht in der Lage oder willens, die akuten

Probleme auf dem Wohnungsmarkt anzupacken. Ein Ausweg aus der Wohnungskrise scheint mit dieser Regierung nicht in Sicht.

Hohe Kredithürden verhindern Kauf

Eine selbstbestimmte Alternative wäre der Kauf von Wohneigentum. Und das ist nicht nur sinnvoll für die Altersvorsorge. Die aktuell historisch niedrigen Zinsen verleiten geradezu zum Kauf eines Eigenheims. Käufer reißen sich um Immobilien. Seit März haben die Banken allerdings ihre Kreditkonditionen deutlich verschärft. Und das hat einen einfachen Grund: die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie. Mit ihr zerplatzt der Traum vieler Noch-Mieter vom eigenen Zuhause.

Banken und Kreditinstitute müssen jetzt bei der Vergabe von Baukrediten künftig besser beraten und die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden strenger prüfen. Daten der Bundesbank zeigen, dass die Banken nun mehr Sicherheiten verlangen. Die Folge: Kredite gehen fast nur noch an Menschen mit hohem Einkommen. Viele Deutsche werden vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen. Schlicht weil sie nicht über genügend Eigenkapital verfügen.

Am Ende ist die Lösung der Wohnungsproblematik wieder auf Berlins Straßen zu finden. Oder besser: zwei Meter darüber. Unweit der Friedrichshainer Laterne mit dem Wohnungsgesuch der jungen Familie prangt ein Graffito an einer Häuserwand. Rot auf grauem Sichtbeton steht dort in Großbuchstaben geschrieben: „WIR WOLLEN UNSERE FREIHEIT ZURÜCK!“ ●



STEFAN KREITEWOLF ist vor dem Wohnungsmangel in Köln in seine Geburtsstadt Essen geflüchtet. Im Herzen des Ruhrgebiets wohnt er nun in einer preisgünstigen Wohnung – mit Garten und Stuckdecke.
redaktion@libmag.de

„Wir brauchen günstigen Wohnraum für alle“

Herr Professor Just, die Wohnungssituation für Gering- und Normalverdiener in deutschen Städten ist prekär. Immer häufiger ist von einer Wohnungsnot die Rede. Wie konnte es so weit kommen?

Erstens: Es wurde zu wenig gebaut. Gleichzeitig wurden zweitens neue Jobs geschaffen, und zwar im geringen Einkommensniveau und zumeist in Ballungszentren. Immer mehr Menschen drängten in die Städte. Die Nachfrage nach Wohnraum übersteigt das Angebot. Drittens: Als eine Folge daraus kommt es zu Verdrängungsprozessen. Geringverdiener, die in guten Immobilien wohnen, können die steigenden Mieten nicht mehr zahlen und werden durch Besserverdienende ersetzt. Viertens: Viele Projektentwickler konzentrieren sich auf hochpreisige Wohnungen. Bauen ist teuer geworden und die gestiegenen Bodenpreise müssen wieder reingeholt werden.

Was sollte konkret unternommen werden, um den Wohnungsmangel zu mindern?

Wir müssen das Angebot verbilligen. Denn wir brauchen günstigen Wohnraum für alle. Dazu könnten Großstädte gemeinsam mit Nachbarkommunen neues Bauland ausweisen. Wenn die Grundstücke den Kommunen gehören, können sie beeinflussen, wer wie darauf baut. Bei der Konzeptvergabe erhält nicht der meistbietende Bewerber den Zuschlag, sondern jener mit dem besten Gesamtplan.

Wie sieht es mit strikten Regulierungen wie der Energieeinsparverordnung (EnEV) aus?

Wir könnten aufwendige Energiesparvorschriften aussetzen und später realisieren. Eine scharfe EnEV führt zwar zu weniger Emissionen, doch entstehen hohe Mehrkosten. Das belastet besonders das günstigste Marktsegment. Ergo: Wir müssen das Bauen einfacher und günstiger machen.

Welche politischen Implikationen hat das für die Zukunft?

Wir können neue urbane Mischgebiete stärken. In vielen Kommunen lässt sich nachverdichten; wir können moderat in die Höhe bauen, Industriebrachen entwickeln und vor allem alle bauverteuernden Regeln auf den Prüfstand stellen – zum Beispiel bei den Stellplatzanforderungen.

Wie sähe Ihr Masterplan für den Wohnungsbau in Deutschland aus?

Die Baulandvergabe ist das wichtigste Instrument. Bauland sollte nicht immer an das höchste Gebot, sondern an den besten Gesamtentwurf gehen. Gleichzeitig müssen die Flächen innerhalb der Städte intensiver genutzt werden. Kostentreiber wie die EnEV oder Stellplatzregeln könnten wenigstens ausgesetzt werden. Befristet sind auch finanzielle Anreize vorstellbar, zum Beispiel für das Erstellen oder Nutzen kleiner Wohnungen, wobei die Förderung des Angebots sinnvoller ist als die Förderung der Nutzer, weil der preisdämpfende Effekt dann stärker wirkt.

ZUR PERSON

TOBIAS JUST ist Professor am Lehrstuhl für Immobilienwirtschaft an der Uni Regensburg. Außerdem ist er Geschäftsführer der Immobilien-Akademie IREBS. Zuvor leitete er Deutsche Bank Research.



„Wir müssen den Briten mehr Zeit geben“

Nach dem Brexit steht Europa am Scheideweg. Doch wie viel Europa wollen wir? Und was für ein Europa soll es sein? Diesen Fragen geht die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bei ihrer Europäischen Zukunftskonferenz am 8. Dezember 2016 auf den Grund.

Hans van Baalen, Vorsitzender der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), über den Impuls, den der Kongress setzen kann, und die Perspektiven des Kontinents.

// INTERVIEW // KIRSTIN HÄRTIG

Welche Auswirkung hat der Austritt Großbritanniens aus der EU auf die europäische Integration?

Keiner weiß, welche Konsequenzen der Brexit nach sich ziehen wird. Ich glaube aber, dass es auch gar nicht so weit kommen muss. Es war ja nur eine kleine Mehrheit der Wähler, die sich in einem nicht bindenden Referendum für den Austritt aus der EU ausgesprochen hat. Meine Vorhersage ist, dass die Briten Artikel 50 nicht in Gang setzen, sondern stattdessen Neuwahlen oder ein zweites Referendum ausrufen werden. Darum müssen wir ihnen Zeit geben und nicht zu viel Druck ausüben. Denn die Gefahr eines Dominoeffekts besteht – vor allem dann, wenn Großbritannien im Zuge des Verhandlungsprozesses eine Sonderbehandlung bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit zugestanden wird. Das könnte in anderen Ländern Begehrlichkeiten wecken und eine Dynamik antreiben, die nur Verlierer kennt.

Droht Europas Wirtschaft nach dem Brexit global gesehen an Bedeutung zu verlieren?

Europa würde vor allem sicherheitspolitisch an Bedeutung verlieren, denn in diesem

Sinne ist Großbritannien immer noch eine Großmacht. Wirtschaftlich ist der Verlust der zweitgrößten Volkswirtschaft in der EU natürlich auch bedeutend. Doch haben die Briten im Falle des Austritts mehr zu verlieren. Der Finanzmarktplatz London etwa würde in seiner Position erheblich geschwächt. Davon können Städte wie Frankfurt, Paris und Amsterdam profitieren.

Europa muss sich nun neu aufstellen. Manche wünschen sich sogar, es möge sich neu erfinden. Bietet der notwendige Umbau der EU auch Chancen?

Ja. Es gibt viele EU-Mitglieder, darunter die Niederlande, die den europäischen Föderalismus ablehnen. Es ist nicht gewollt, dass alle Macht von Brüssel ausgeht. Darum muss die EU jetzt die Gelegenheit ergreifen, sich auf die wichtigen Themen der Zusammenarbeit zu beschränken: Wirtschaft, Flüchtlingsbewegung, Terrorismusbekämpfung und Sicherheit. Warum wollen die Briten gehen? Weil sie das Gefühl hatten, „überfremdet“ zu werden. Ich teile dieses Gefühl jedoch nicht. Doch so ist die Stimmungslage. Die EU muss darum konsequent ihre Grenzen schützen und eine strenge, aber humane Flüchtlingspolitik verfolgen.

Der Brexit und der wachsende Populismus in Europa sind vor allem ein Zeichen der Entfremdung der Bürger gegenüber der EU und ihren Institutionen. Gibt es einen Weg aus der Vertrauenskrise?

Ich war kürzlich bei der Rede „State of the Union“ von Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, zugegen. Darin ging es nur um Kleinigkeiten und um Juncker selbst. Dafür darf niemand Applaus erwarten. Die Bevölkerung liebt keine Institutionen, keine Technokraten und leere Reden. Sie will Resultate! Wenn wir praktische Lösungen anbieten, dann sehen die Menschen, dass Europa funktioniert. Und dann können die Populisten uns auch nichts anhaben.

In Europa gibt es derzeit sieben liberale Regierungschefs. Einige liberale Parteien wie Nowoczesna in Polen oder Ciudadanos in Spanien befinden sich deutlich im Aufwind. Welche Rolle können und sollten die Liberalen Europas für die Zukunft der EU spielen?

Wir sind mit ALDE zurzeit die viertgrößte Gruppierung im Europäischen Parlament und sehr optimistisch, dass wir stärker werden können. Dafür sprechen nicht nur



ZUR PERSON

JOHANNES CORNELIS „HANS“ VAN BAALEN ist seit dem Jahr 2009 für die niederländische Regierungspartei Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) Mitglied des Europaparlaments und Delegationsleiter der VVD. Im gleichen Jahr übernahm der 1960 in Rotterdam geborene Politiker den Vorsitz von Liberal International (LI) und blieb bis 2014 Präsident des Weltverbands der liberalen Parteien. Im November 2015 wurde Hans van Baalen zum Vorsitzenden der Europäischen Liberalen und Demokraten (ALDE) gewählt. Er war von 1999 bis 2009 für die VVD Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten.

die genannten positiven Beispiele. Ich bin auch überzeugt, dass die FDP zurück in den Bundestag und ins Europäische Parlament finden wird. Der Durchbruch in Deutschland ist ganz entscheidend dafür, dass wir Liberalen in Europa mehr Einfluss ausüben und mitbestimmen können.

Welchen Beitrag kann eine Zusammenkunft wie die am 8. Dezember in Berlin stattfindende Europäische Zukunftskonferenz für die Gestaltung eines Europas der Freiheit leisten?

Sie kann dazu beitragen, die Geschlossenheit in der liberalen Familie zu stärken. Wir Liberalen müssen einander mehr unterstützen und etwa Erfahrungen aus den Wahlkämpfen austauschen. Der kanadische Premier Trudeau hat uns gezeigt, wie man Wahlen gewinnt: indem man die neue Generation mobilisiert. Die Mehrheit der Jungen – auch in Großbritannien – ist für Europa. Sie gehen aber nicht zur Wahl. Wir müssen also darüber reden, wie wir die junge Generation politisch stärker interessieren und beteiligen können. Ich wünsche mir darum, dass sich die liberale Spitze auch bei der Europäischen Jugendkonferenz einbringt, die im Anschluss stattfindet. ●

HÖHEPUNKT EINES POLITI- SCHEN LEBENS

Noch in der Nacht nach der dramatischen Bundestagswahl am 28. September 1969 verabredeten SPD-Spitzenkandidat Willy Brandt und Walter Scheel, der wenige Monate zuvor Bundesvorsitzender der FDP geworden war, die Aufnahme von Koalitionsgesprächen. Erst nachdem feststand, dass die NPD an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, stand fest, dass Rot-Gelb über eine komfortable Mehrheit im neuen Parlament verfügen würde. Brandt berief Scheel als Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler in sein Kabinett. Beide gemeinsam erarbeiteten das Konzept der „neuen Deutschlandpolitik“, das auf Entspannung setzte. „Ohne ihn wäre die Neuformulierung der deutschen Außenpolitik, die letztendlich zur Wiedervereinigung führte, nicht möglich gewesen“, stellt der ehemalige Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Burkhard Hirsch (FDP), in einem Buch über Scheel zu dieser Phase fest. Nach dem Rücktritt Brandts im Zuge der Guillaume-Affäre am 7. Mai 1974 nahm Scheel für neun Tage übergangsweise die Amtsgeschäfte als Kanzler wahr, bis mit Helmut Schmidt der neue Amtsinhaber feststand. Scheel wurde tags zuvor von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt. Damit war der gebürtige Solinger einen Tag lang gleichzeitig Inhaber der beiden wichtigsten Staatsämter in Deutschland – ein bislang einmaliges Ereignis. Als Staatsrepräsentant empfing Scheel 1978 US-Präsident Jimmy Carter in Bonn. „Scheel gehörte zu jenen, die die Grundlagen dafür gelegt haben, dass Europa heute für uns Frieden, Freiheit und Wohlstand bedeutet“, äußerte sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker betrübt zum Tod des Alt-Bundespräsidenten.

Text: Thomas Luther, Foto: Keystone/Getty Images





Ich verabschiede mich schweren Herzens von diesem großartigen Mann

Die Rede von Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Herausgeber dieses Magazins, anlässlich des Staatsaktes für Bundespräsident a. D. Walter Scheel am 7. September 2016 in der Berliner Philharmonie



Walter Scheel und Wolfgang Gerhardt: Der Freund verliert einen verlässlichen Freund. Jeder, der ihn näher kannte, verliert mit Walter Scheel auch ein Stück seines eigenen Lebens.

„Wir verabschieden uns in dieser Stunde von Walter Scheel. Dem Bundespräsidenten, dem Außenminister, dem Bundesvorsitzenden der FDP. Einem bemerkenswerten Menschen. Lebhaft, engagiert, neugierig, herzlich. Einem Mann mit Zuversicht und Mut, aber auch mit Leidenschaft. Seine Frau Barbara verabschiedet sich von ihrem Mann. Seine Kinder Ulrich, Cornelia, Andrea-Gwendoline und Simon-Martin mit ihren Familien verabschieden sich von ihrem Vater. Einem Vater, auf den sie stolz sein können.

Seine Freunde verlieren einen verlässlichen Freund. Jeder, der ihn näher kannte und das Glück hatte, ihm wirklich zu begegnen, verliert mit Walter Scheel auch ein Stück seines eigenen Lebens. Christian Lindner, der Bundesvorsitzende der FDP, der Partei Walter Scheels, Jürgen Morlok und ich mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der Stiftung, in der Walter Scheel lange Jahre Kuratoriumsvorsitzender war, verlieren zusammen mit allen Mitgliedern der FDP, den Freunden in der Walter-Scheel-Stiftung, dem Freundeskreis Walter Scheel, einen im wahrsten Sinne des Wortes Freien Demokraten. Walter Scheel war und bleibt einer unserer Besten.

Walter Scheel fiel als Bundesvorsitzender der FDP nicht vom Himmel. Er kam aus dem Krieg und hatte wie viele aus seiner Generation die Katastrophe hautnah miterlebt. Er wusste, was geschehen war. Er wusste aber auch, was zu tun war. Begangenes Unrecht zu erkennen, aber auch zu sehen, wie es überwunden werden konnte, und zu wissen, was zu tun war, damit es sich nicht wiederholt.

Er packte an, um beim materiellen und immateriellen Wiederaufbau dem geschlagenen Land zu helfen. Walter Scheel trat in die Freie Demokratische Partei ein und engagierte sich als Stadtverordneter in seiner Heimatstadt Solingen für die ‚Basics‘, so würde man heute sagen, die dringendsten Bedürfnisse des Alltags, um wieder atmen und leben zu können.

Sloterdijk beschrieb diesen Neubeginn so trefflich in Anlehnung an Vergils Aeneis, in der die geschlagenen Trojaner unter Aeneis an der Küste Etruriens landeten, und sagt, dass Europa der Kontinent sei, auf dem die Menschen eine zweite Chance hätten. Wie wahr war das besonders für das geschlagene Deutschland. Und für den Mann, von dem wir heute Abschied nehmen und der einmal sein Bundespräsident werden sollte.

Walter Scheel wusste, dass eine geschriebene

Verfassung allein nicht reicht. Wie Freiheit dauerhaft gemacht werden konnte, das bewegte ihn. Er kannte die Mobilmachung vieler gegen alles, was Einsicht abverlangt. Er lernte sie bei seinen Vertragsverhandlungen als Außenminister noch stärker kennen. Er wusste um die Schwierigkeiten seiner Landsleute mit dem Thema Freiheit. Ihre Furcht vor der Freiheit, ihre Bedenken, dass sie anderen mehr nutzen könnte als ihnen selbst. Er wusste, dass Individualismus und Wettbewerb in Deutschland nahezu kontaminierte Worte waren, obschon sie doch zum Lebenselixier einer freien Gesellschaft gehören.

Er wusste aber auch, dass Probleme mit der Freiheit nur in Freiheit gelöst werden können. Diese Überzeugung. Und sie leitete ihn auch, als auch er persönlich seine zweite Chance in Europa suchte, beginnend als Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag und im Europäischen Parlament, schließlich als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Er wusste, dass Probleme mit der Freiheit nur in Freiheit gelöst werden können.

Walter Scheel hatte bis dahin einige Stürme überstanden. Den ersten in der Entscheidung über die Grundrichtung der FDP, Anfang der 50er-Jahre. Den zweiten Sturm galt es 1956 zu überstehen, als sich eine große Zahl von Bundestagsabgeordneten von der FDP abspaltete. Den dritten Sturm erlebte er am Ende der Regierung Erhard. Er war Kabinettsmitglied, wollte sich aber auf keinen Fall für Steuererhöhungen entscheiden, die der Koalitionspartner für notwendig befunden hatte. Er zögerte keinen Moment. Er entschied sich für seinen Rücktritt als Bundesminister, als andere noch zögerten. Er teilte das seinen Kabinettskollegen mit den Worten mit, dass er das gleich tun werde. Unverzüglich, sofort.

Walter Scheel war sich immer bewusst, dass für die liberale Sache gekämpft werden muss. Auch heute. Er spürte die Herausforderung, die sich für seinen Wermelskirchener Nachbarn, Christian Lindner, stellt, der sie im Geiste Walter Scheels aber auch bestehen wird. »



Würdevoller Abschied:

Das politische Berlin – unter anderem Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel – beim Staatsakt für den ehemaligen Bundespräsidenten.

Walter Scheel, den Wolfgang Mischnick so zutreffend als ‚Mann der zweiten Stunde‘ beschrieb, machte sich nie eine Illusion über das, was zu leisten war, als er auf einem jener legendären Parteitage in Freiburg 1968 gewählt wurde. Er war vorbereitet, als es darauf ankam. Vor allem: als es auf ihn ankam.

Wenn die Aufgabe groß ist, dann ist sie groß und dann darf man nicht verzagt antworten, sagte er mit energischem Optimismus, etwas Neues zu wagen. Das unternahm er auch und das wollte er sich nicht zunichtemachen lassen, als am 27. April 1972 die sozialliberale Koalition durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden sollte.

Es brach leidenschaftlich aus ihm heraus, als er auch seine Politik verteidigte und vor allem seine Partei: ‚Wir Freien Demokraten‘, so sagte er, ‚haben es in der letzten Zeit nicht leicht gehabt.‘ Was auf uns eingestürzt ist, hat oft die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Diese kleine liberale Partei sollte immer wieder zerschlagen, gespalten und hinauskatapultiert werden. ‚Diese kleine, mutige, gescholtene und geschlagene, häufig für tot erklärte und immer wieder aufgestandene Freie Demokratische Partei hat mehr für das Wohl dieser Republik bewirkt, als ihrer zahlenmäßigen Stärke zuzutrauen war.‘ Und er erinnerte daran, dass es die FDP gewesen sei, die unser Volk über seine Tabuswellen hinweggeführt habe, was andere, so fügte er hinzu, ‚mit ihren großen Mehrheiten nicht wollten oder konnten.‘

Solche Standfestigkeit oder Überzeugung hatte er auch schon lange vorher für jeden sichtbar gezeigt. Er wusste genau, was er tat, welch hohes Risiko er einging, und war sich im Falle des Scheiterns völlig klar, was er zu



Mann der Tat: Walter Scheel war immer auch Pragmatiker – hier beim Handwerken auf der Terrasse seines Ferienhauses.

tun hatte, als er wenige Tage vor der Bundestagswahl 1969 die Bereitschaft zur Koalition mit der SPD andeutete, falls das Wahlergebnis sie ermöglichen würde. ‚Ich musste es tun‘, sagte er in einem unserer persönlichen Gespräche. ‚Ich war auch überzeugt davon, dass es richtig war.‘ Ich habe ihm nicht widersprochen.

Wir haben uns vor nicht allzu langer Zeit von Guido Westerwelle und Hans-Dietrich Genscher verabschieden müssen. Hans-Dietrich Genscher schloss den Kreis der neuen Deutschlandpolitik, für die Walter Scheel stand und die von vielen damals als gänzlich aussichtslos angesehen wurde. Die Geschichte braucht oft anstrengende Veranstaltungen und eine lange Zeit, um manchmal etwas zu erreichen. In diesem Falle wurde etwas Großes und von vielen kaum noch Geglaubtes wahr. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag kam nach dem Fall der Mauer in 392 Tagen zustande. Die sowjetischen Soldaten wurden abgezogen, über die weitere Begrenzung von Waffensystemen wurde Einvernehmen erzielt, ohne dass ein einziger Schuss fiel.

Der verstorbene Historiker Fritz Stern, der Deutschland in seiner dunkelsten Stunde verlassen musste, hat uns zu Recht anempfohlen, etwas mehr Dankbarkeit über das Erreichte zu empfinden. Nicht die anti-republikanische Rhetorik kognitiver Geizhalse hat die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland geschrieben, sondern engagierte, dem Gemeinwohl verpflichtete Bürgerinnen und Bürger und Politikerinnen und Politiker aus demokratischen Parteien.

Walter Scheel kam aus keinen großen, vermögenden Verhältnissen. Er kam aus einem Elternhaus, das aber wusste, wie man Kinder erzieht und welche zivilisatori-

sche Mitgift man ihnen für die Bewältigung ihres Lebens schuldig ist. Er arbeitete an sich, er strengte sich an. Arbeitswille, Leistungsbereitschaft, Lernen und individuelle Mühe, die Dahrendorf als Tugendkatalog der Freiheit beschreibt, bestimmten seinen Weg.

Walter Scheel wusste, dass wir das sind, was wir tun. Vor allem aber, dass wir noch mehr das sind, was wir gerade nicht tun. Er war davon überzeugt, dass die Menschen die Welt nicht kultivieren können ohne die anderen. Und für die anderen hatte er immer ein Auge. Walter Scheel war neugierig an Kunst und Kultur. Er war interessiert an Freundschaft. Er hatte Lebensart. Er verkörperte Zivilisiertheit und strahlte sie auch aus. Wenn er sich gut anzog, dann tat er das immer, um auch seinem Gesprächspartner Wertschätzung entgegenzubringen. Er war fröhlich und sang deshalb jenes uns allen bekannte Lied, ganz unbekümmert, gegen manchen unföhlichen Rat.

Außenpolitik gestaltete er in einer Balance von Macht und Moral, von nationalem Handlungsspielraum und globalen Verpflichtungen. Kein Land sei groß genug, um auf Freunde verzichten zu können, sagte er.

Es ist die Art und Weise, die Kunst des Hervorbringens, die Menschen ihren Mitmenschen näherbringen. Die war es, die Walter Scheel so erfahrbar machte. Walter Scheel hat sich seinen Mitmenschen nicht verschlossen, sondern erschlossen. Sie mochten ihn. Sie fanden ihn sympathisch und in einer nicht plumpen, aber höflichen Art zugänglich.

Es ist nicht mehr als natürlich, dass die Kräfte eines Menschen in einem 97-jährigen Leben auch nachlassen. Walter Scheels Kraft ruhte nicht immer auf einer robusten Gesundheit allein. Keiner wusste und weiß das besser als Du, liebe Barbara, der Du Deinem Mann beigestanden hast und in dem einen oder anderen Fall auch selbst helfen konntest und er Dir auch dafür dankbar war.

Der alte König Duncan sagt in Shakespeares Macbeth, dass es kein Wissen gebe, der Seele Bildung im Gesicht zu lesen. Er ist Walter Scheel nicht begegnet. Denn Walter Scheels Disziplin, seine Selbstbeanspruchungsbereitschaft, die zeigte sein Gesicht besonders deutlich, als die kommunikativen Möglichkeiten nicht mehr so mobilisiert werden konnten. Man konnte sich ihn erschließen, wenn man ihn genau ansah und wenn man es wollte.

Wir verabschieden uns heute von einem Mann, der Zeit seines Lebens davon überzeugt war und blieb, dass Liberalismus mehr ist als ein parteipolitisches Programm. Dass er Charakter und eine Haltung voraussetzt, die sich immer bewusst ist, dass die Demokratie zer-

brechlich ist. Dass Demokratie immer wieder heimgesucht wird. Von alten Dämonen, die einen leichten Schlaf haben, von totalitären Gefährdungen, die immer wieder in neuen Uniformen auftreten. Dass eine freiheitliche Ordnung nie perfekt ist. Aber allemal besser als alle Gesellschaftsentwürfe, die die Spontanität der Freiheit zugunsten einer sakrosankten Ordnung erdrücken.

Ich habe mein politisches Engagement mit Blick auf Walter Scheel Mitte der 60er-Jahre begonnen. Ich durfte ihm später in vielen Gesprächen begegnen und freundschaftlich verbunden sein.

Ich verabschiede mich schweren Herzens von diesem großartigen Mann. Wir alle haben Walter Scheel für das, was er unserem Land und uns gegeben hat, zu danken. Wir werden ihn nicht vergessen und wir wollen ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Nun möge er in Frieden ruhen.“ ●

Wir alle haben Walter Scheel für das, was er unserem Land und uns gegeben hat, zu danken.





So funktioniert Tumultukratie

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Nackt zu schwimmen und in der Sonne zu liegen gehörte in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts zu den Stilmitteln, mit denen Jugendliche zeigten, dass sie sich freier und tabuloser fühlten als die Alten. Wer sich als Rebell inszenierte, und das waren damals einige, lag im Sommer unbekleidet am See. Leute, die nicht auf Badehose oder Bikini verzichten wollten, waren in unseren Augen verklemmte Spießer und zeigten, dass sie den repressiven Charakter bürgerlicher Normen noch nicht genügend verstanden hatten.

So ändern sich die Zeiten. Heutzutage betrachten manche Mitbürger Bikinis nicht als Ausdruck von Schamhaftigkeit, sondern umgekehrt als Zeichen westlichen Sittenverfalls. Aber das ist nicht Thema dieser Kolumne.

In den damaligen Jahren fiel mir zum ersten Mal ein erstaunliches Verhaltensphänomen auf: Mehrheiten passten sich zuweilen ganz automatisch und ohne zu murren einer Minderheit an. Denn es reichte, dass ein oder zwei weniger hippiemäßig eingestellte Mitschüler mit am Strand waren, und alle legten wieder Badekleidung an.

Warum war das so? Welche unausgesprochenen sozialen und psychologischen Mechanismen waren da am Werk?

Meine Vermutung: Tolerante Mehrheiten geben nach, wenn sie das Gefühl haben, die jeweilige Minderheit würde zu sehr darunter leiden, sich anders verhalten zu müssen als gewohnt. Dass wir Nackten uns bedeckten, war somit eine freundliche Geste gegenüber denjenigen, die wir als weniger frei, entspannt und selbstsicher – und somit als schwächer – betrachteten.

Erfreulicherweise denken und handeln heute viele aufgeklärte Menschen in diesem Sinne. Das hat zu zivilisatorischen Fortschritten geführt und die westlichen Gesellschaften humanisiert. Städte lassen es sich einiges kosten, Bauten und Infrastruktur so zu gestalten, dass Menschen mit Behinderungen überall am sozialen Leben teilnehmen können. Wir sprechen alle Englisch, wenn nur ein Mensch in einer Gruppe kein Deutsch versteht. Wir verzichten in Flugzeugen und Kantinen auf bestimmte Speisen, weil Allergiker sie nicht vertragen.

Doch mittlerweile sind manche Minderheiten dahintergekommen, wie man das freundliche Verhalten der Mehrheit strategisch nutzen kann. Um reichlich Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme zu ernten, muss man sich nur laut und lange genug empören und behaupten, dass eine Anpassung vonseiten der eigenen Minderheit keinesfalls infrage käme.

Man könnte es „Tumultukratie“ nennen, vom lateinischen Wort für Lärm: tumultus. Es gewinnt der, der laut, intolerant und am schnellsten beleidigt ist. Am besten haben dies manche Aktivistengruppen begriffen. Sie verstehen es meisterlich, die mediale Lärmmaschine zu bedienen, um ihre Vorstellungen so lange ins allgemeine Bewusstsein einzutrommeln, bis alle sie als Norm akzeptieren.

Anti-Bahnhof-Demonstranten in Stuttgart und die Abendländer in Dresden schafften es durch geschickte Inszenierung, als vorherrschende Stimme ihrer Großstadt wahrgenommen zu werden. Obwohl Umfragen und Wahlen zeigten, dass sie deutlich in der Minderheit sind. Orga-



nisationen wie Greenpeace oder Peta spielen in der gleichen Aufmerksamkeitsliga wie Gewerkschaften, Parteien oder Kirchen. Dabei verfügen sie über keine Mitgliederbasis und ihre Kampagnen haben kein demokratisches Mandat.

Bio-Produkte machen lediglich 4,4 Prozent des gesamten Lebensmittelumsatzes in Deutschland aus (bei Fleisch liegt der Anteil unter einem Prozent). Doch eine überaus erfolgreiche Medienpräsenz suggeriert, Bio sei ein Megatrend. Viele Menschen, die sich Bio nicht leisten können, haben deswegen ein schlechtes Gewissen und halten sich für eine aussterbende Minderheit. In den schicken Vierteln Münchens und Berlins führen Supermärkte manche Waren nur noch in der überbezahlten Bio-Version. Und niemand beschwert sich, weil die Minderheit die Mehrheit fest im Griff hat. Noch krasser ist es beim Veganismus, einem anderen vermeintlich boomenden Ernährungsdogma. Ihm folgen weniger als ein Prozent der Bevölkerung, doch die genießen eine überwältigende öffentliche Aufmerksamkeit.

Auch auf dem Feld der Religionen funktioniert Tumultukratie. Strenge Muslime, die ihren Frauen Kopftücher oder gar Gesichtsverhüllung vorschreiben, sind eine Minderheit in der muslimischen Minderheit. Doch sie haben es geschafft, als DIE Muslime wahrgenommen zu werden. Wer ihre vorgestrigen Sitten ablehnt, gilt als intolerant und sogar „rassistisch“ (als ob religiöser Fanatismus eine Rasse wäre).

Leider wird in der Tumultukratie oftmals übersehen, dass es einen fundamentalen Unterschied zwischen zwei Sorten Minderheiten gibt. Behinderte, Allergiker oder auch Homosexuelle sind nicht aus freien Stücken eine Minderheit. Es ist ihr Schicksal. Es ist ihr gutes Recht, dass die Mehrheit der Gesellschaft Rücksicht auf ihre Bedürfnisse nimmt.

Anders bei Glaubensgemeinschaften wie strengen Muslimen, Veganern oder Abendlandrettern. Sie haben sich freiwillig für eine Ideologie oder Religion entschieden. Dafür verdienen sie nicht mehr Rücksicht und nicht mehr Aufmerksamkeit als Zeugen Jehovas, Kommunisten oder Heavy-Metal-Anhänger. Niemand sollte sie wegen ihrer Einstellung belästigen oder gar ausgrenzen wollen. Doch niemand ist verpflichtet, sich ihnen in irgendeiner Weise anzupassen. Sie haben ein Recht auf freundliches Ignorieren – auf mehr nicht. ●

MICHAEL MIERSCH ist Geschäftsführer Naturbildung bei der Deutschen Wildtier Stiftung. Davor arbeitete er als Journalist für große deutsche Zeitschriften, zuletzt als Ressortleiter beim *Focus*. Seine Bücher und Dokumentarfilme erhielten zahlreiche Preise. Neuestes Buch: „Alles grün und gut? Eine Bilanz des ökologischen Denkens“.

Website: www.miersch.media/miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de

Was Hänschen nicht lernt

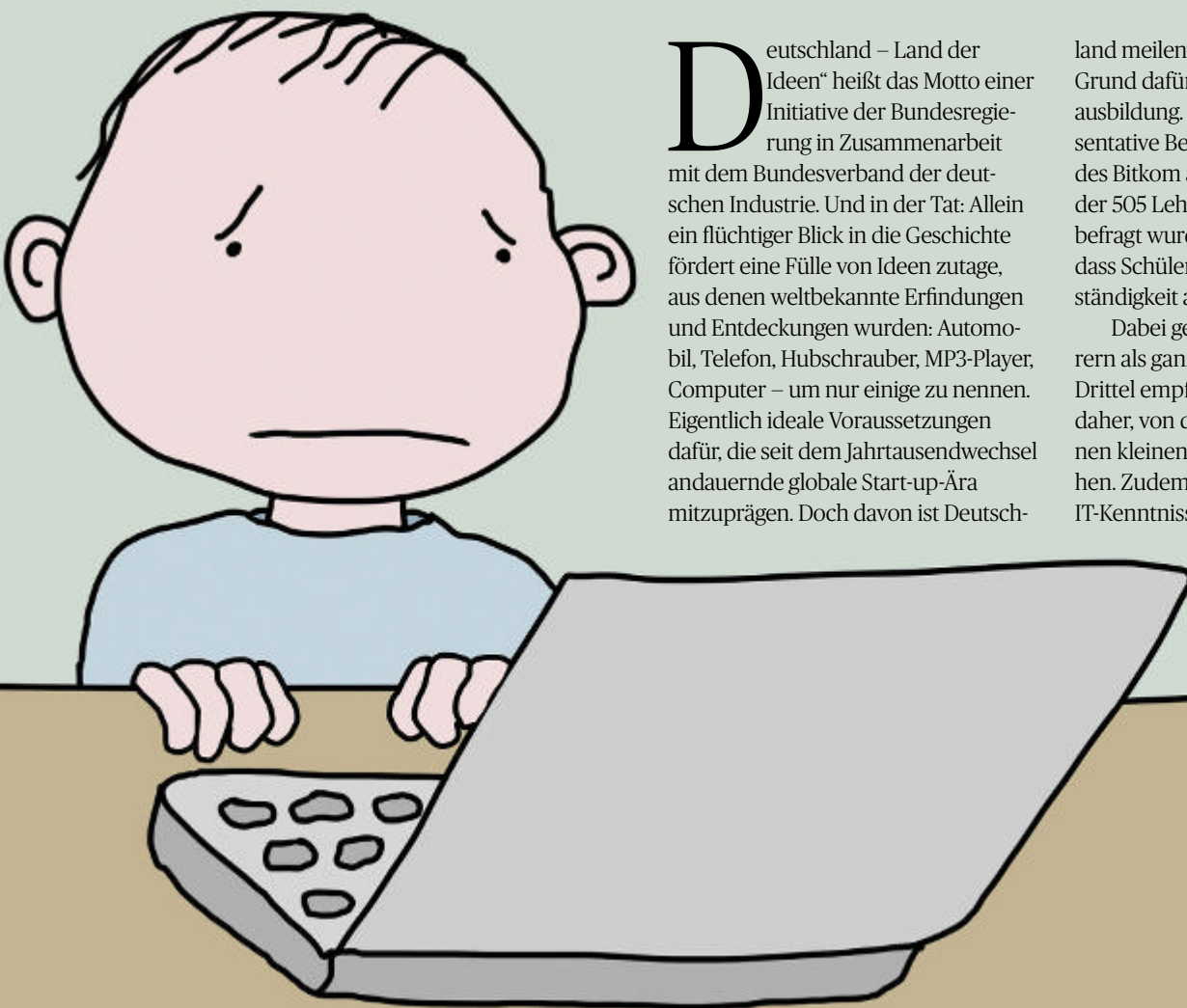


... lernt Hans nimmermehr, lautet ein alter Sinnspruch. Die Schule macht jungen Menschen kaum Lust auf unternehmerisches Denken und die Gründung einer eigenen Firma. Das ist schade, denn ein Start-up-Boom stünde der exportlastigen deutschen Wirtschaft gut zu Gesicht. // TEXT // **GIDEON BÖSS**

Deutschland – Land der Ideen“ heißt das Motto einer Initiative der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der deutschen Industrie. Und in der Tat: Allein ein flüchtiger Blick in die Geschichte fördert eine Fülle von Ideen zutage, aus denen weltbekannte Erfindungen und Entdeckungen wurden: Automobil, Telefon, Hubschrauber, MP3-Player, Computer – um nur einige zu nennen. Eigentlich ideale Voraussetzungen dafür, die seit dem Jahrtausendwechsel andauernde globale Start-up-Ära mitzuprägen. Doch davon ist Deutsch-

land meilenweit entfernt. Ein wichtiger Grund dafür findet sich in der Schulausbildung. Darauf macht eine repräsentative Befragung des Digitalverbandes Bitkom aufmerksam. Die Studie, in der 505 Lehrer der Sekundarstufe I befragt wurden, kam zu dem Ergebnis, dass Schülern von beruflicher Selbstständigkeit abgeraten wird.

Dabei gelten Start-ups unter Lehrern als ganz besonders unseriös. Zwei Drittel empfehlen ihren Schülern daher, von der Gründung eines eigenen kleinen Unternehmens abzusehen. Zudem hält jeder dritte Lehrer IT-Kenntnisse für überbewertet.



Gleichzeitig gibt es mit 72 Prozent immerhin eine knappe Dreiviertelmehrheit im Lehrerzimmer, die in der Digitalisierung mehr Chancen statt Risiken erkennt. Aber es gibt immerhin 15 Prozent, die es umgekehrt sehen. Neun Prozent sind außerdem der Ansicht, dass die Digitalisierung schlicht keine Auswirkungen auf die Gesellschaft hat. Eine Haltung, die kaum weniger skurril wirkt, als zu behaupten, die Erde sei eine Scheibe.

Den Digitalverband Bitkom alarmieren diese Ergebnisse. Um gegenzusteuern, werden Initiativen und Workshops an Schulen angeboten, um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich mit wirtschaftlichen Zusammenhängen zu beschäftigen. Ein Heimspiel sind solche Veranstaltungen allerdings nicht. Schließlich stellen die verbeamtete Lehrerschaft und die Start-up-Szene ziemlich exakt die beiden Gegenpole dar, die es bei der Berufswahl und im späteren Karrierleben gibt: Auf der einen Seite die auf Sicherheit und Risikovermeidung ausgelegte Beamtenlaufbahn, auf der anderen Seite das mit der Gründung eines Start-ups verbundene Unternehmertum, bei dem Scheitern und Misserfolg nicht auszuschließen sind. Dass Lehrer nicht die besten und glaubwürdigsten Werber für einen solchen Berufsweg sind, liegt auf der Hand.

Und dennoch ist es höchste Zeit, dass auch in den Lehrerzimmern des Landes eine andere Mentalität einzieht. Die Digitalisierung ist – entgegen der Meinung von rund einem Zehntel der Lehrer – eine Entwicklung, die alle Bereiche unseres Lebens radikal beeinflussen wird. Immer häufiger „online“ zu sein hat zum Beispiel die Grenze dessen, was zur

Privatsphäre gehört, in den vergangenen Jahren massiv verändert – und dieser Prozess schreitet dynamisch voran. Er wird erheblich darüber entscheiden, in was für einer Gesellschaft wir morgen leben werden. Diese Welt wird nicht von zögerlichen Beamten geschaffen, sondern von freien Märkten und ihren Protagonisten geprägt. Wer sie nicht mitge-

Lieber den IT-Unterricht ganz abschaffen, anstatt ihn so wie jetzt anzubieten.

stalten kann oder nicht dazu in der Lage ist, bekommt am Ende eben die Visionen anderer Leute als Wirklichkeit präsentiert. Deswegen sollte Deutschland ein großes Interesse daran haben, seine jüngere Generation zu ermutigen, an dieser „neuen Welt“ aktiv mitzuarbeiten. Auch, indem es dazu motiviert, ein junges Unternehmen zu gründen.

Doch nicht nur die Ergebnisse der Umfrage zeigen, wie weit das deutsche Schulsystem davon entfernt ist, bei jungen Menschen Offenheit für eine Laufbahn in der freien Wirtschaft zu wecken, geschweige denn Unternehmer zu werden. Obwohl IT-Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt längst eine wichtige Rolle spielen, sind Experten über den Zustand des IT-Unterrichts an Schulen entsetzt. Im vergangenen Jahr beklagte sich beispielsweise die Informatikerin Sandra

Schön in ihrem Blog, dass die Materialien ihrer Töchter hoffnungslos veraltet seien: „Im Buch brauchen E-Mails mehrere Minuten, da gab es Diskettenlaufwerke und Audio-CDs. Das Buch stammt aus einer Zeit ohne mobiles Internet, WLAN oder Smartphones.“ Im Fazit empfiehlt Schön sogar, den IT-Unterricht ganz abzuschaffen, anstatt einen solchen anzubieten.

Gleichzeitig kommt die aktuelle Shell-Jugendstudie zu dem Ergebnis, dass sich Schüler und Lehrer in ihrer wirtschaftskritischen Haltung angleichen. In der Studie betont die Mehrheit der jungen Generation, dass ihr beruflich vor allem Beständigkeit und Sicherheit wichtig sind. Mut und Risikobereitschaft sind dagegen keine positiv besetzten Talente. So scheint aktuell ein Start-up-Boom in Deutschland unwahrscheinlicher denn je. Dabei würde dies der exportlastigen deutschen Volkswirtschaft gut zu Gesicht stehen. In den USA zum Beispiel wurden durch Neugründungen in den vergangenen Jahren Zehntausende gut bezahlte Jobs geschaffen.

Ob es möglich ist, in deutschen Schulen die Neugier auf eine mit vielen Unsicherheiten und Risiken behaftete Karriere als Selbstständiger oder Unternehmer zu wecken, ist schwer zu sagen. Derzeit fehlt es ganz offensichtlich an der notwendigen Bereitschaft, es überhaupt zu versuchen. Aktuell jedenfalls stehen vor den Schulklassen Menschen, die zumeist über keinerlei praktische Erfahrung in einem Unternehmen verfügen und direkt nach dem Studium in den krisenfesten Staatsdienst gewechselt sind. Dass ihnen Start-up-Unternehmen irgendwie suspekt sind, verwundert dabei kaum. ●



GIDEON BÖSS lebt als Schriftsteller in Berlin. Er hat Erfahrung mit Kritik am Schulwesen, seit er in einem Kommentar für die *WELT* eine einseitige Darstellung des Nahostkonflikts in deutschen Schulbüchern bemängelte. redaktion@libmag.de

Haltung positiv ändern

Im Interview erläutert Wolf-Dieter Hasenclever, warum Kommunikation und Kreativität bei jungen Menschen gefördert werden sollte, und was sich in der Schule ändern muss.

// INTERVIEW // **THOMAS LUTHER**

Prof. Wolf-Dieter Hasenclever war 2002 bis 2006 Bildungsreferent der FDP-Bundestagsfraktion und von 2006 bis 2010 leitender Beamter im Kultusministerium Niedersachsen sowie Präsident des Niedersächsischen Amtes für Lehrerbildung und Schulentwicklung. Seit seinem Ruhestand lehrt er Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule des Mittelstands in Bielefeld und Schwerin und ist seit 2013 Vorstandsvorsitzender von Network for Teaching Entrepreneurship Deutschland e.V.



Herr Professor Hasenclever, Sie haben selbst als Lehrer gearbeitet. Können Sie verstehen, warum viele Lehrer wenig technik- und wirtschaftsorientiert sind?

Nein, aber ich bin wahrscheinlich auch der falsche Ansprechpartner dafür, da ich unter anderem Informationswissenschaften studiert habe. Ich habe bereits im Herbst 1984 an der Ursprungsschule in Schelklingen einen Computerraum eingerichtet und Programmierkurse veranstaltet.

Was sind Ihrer Einschätzung nach die Gründe für diese in der Lehrerschaft weitverbreitete Haltung?

Ein Grund ist bereits in der Studie festgestellt worden: die mental auf Risikovermeidung und Sicherheit fokussierte Einstellung von Lehrkräften. Ein anderer Grund ist, dass Unternehmer häufig Kapitalisten gleichgesetzt und zum Beispiel mit der Finanzkrise in Verbindung gebracht werden. Großkapita-

lismus hat aber mit Unternehmensgründung und Unternehmergeist wenig bis nichts zu tun. Das ist leider zu wenigen Menschen bekannt. Nicht zuletzt ist vielen Lehrern und Lehrerinnen der Bezug zur Wirtschaft verloren gegangen – das gilt am wenigsten noch für die Hauptschulen und ihre Nachfolgemodelle, weil sich viele Lehrkräfte dort um Berufsorientierung und die Vermittlung ihrer Schüler in Lehrstellen kümmern.

Welche langfristigen Folgen sind vor dem Hintergrund dieser Entwicklung für die deutsche Volkswirtschaft zu erwarten?

Negative. Zum einen wird Jugendlichen die Perspektive der Selbstständigkeit nicht genug als berufliche Möglichkeit verdeutlicht. Zahlen der OECD belegen, dass wir in Deutschland im internationalen Vergleich ein sehr niedriges Niveau an Gründungen haben. Ein Riesenproblem ist auch die Unternehmensnachfolge. 580.000 mittelständische Unternehmen suchen nach KfW-Untersuchungen in Deutschland bis 2017 einen Nachfolger. Hier fehlt es an jungen Menschen mit Unternehmergeist.

Was muss sich Ihrer Einschätzung nach grundsätzlich ändern?

Der Schlüssel liegt in meinen Augen in einer Verankerung der Erziehung zu unternehmerischem Denken bereits in der Lehrerausbildung und -weiterbildung. Es gibt zur Verbesserung der Situation bereits verschiedene Initiativen, die sich in der Initiative „Unternehmergeist in die Schulen“ des Bundeswirtschaftsministeriums zusammengeschlossen haben und das Thema vorantreiben.

Was sind denn mögliche Reformideen – zum Beispiel in der Lehrerausbildung?

Die Haltung der Bildungspolitik und nachfolgend der Bildungsverwaltung zu den Themen Gründung und Unternehmergeist muss sich grundsätzlich zum Positiven ändern. Die Herausforderungen der nahen Zukunft erfordern neue Ideen im sozialen, ökologischen und ökonomischen Bereich, um in der globalisierten Welt zu bestehen. Ein wesentliches Ziel der Schule muss sein, Kreativität, Kommunikation und wirtschaftliche Kompetenz bei jungen Menschen verstärkt zu fördern und sie zu ermutigen, eigene Ideen zu entwickeln und zu vertreten.

Wie können junge Menschen für das Thema Wirtschaft und Unternehmensgründung begeistert werden?

Da ist Entrepreneurship Education das Gebot der Stunde. Deutschland liegt auch hier noch weit zurück. Das läuft im Moment nur über die bereits erwähnten privaten Initiativen wie etwa Business@school oder Network for Teaching Entrepreneurship, der ich vorstehe. Wir befähigen unter anderem Lehrkräfte, ihre Schülerinnen und Schüler zu ermutigen und ihnen Unternehmergeist und Wirtschaftskompetenz zu vermitteln. Es muss zum bildungspolitischen Ziel werden, dies breit zu verankern. Wie weit davon noch einige Verwaltungen entfernt sind, wird an einem aktuellen Beispiel deutlich: In Hessen ist es verboten, in Lehrwerken konkrete Start-up-Geschichten vorzustellen – angeblich, um Werbung zu verhindern. Dabei sind konkrete Erfolgsgeschichten ein zentrales Mittel, um junge Menschen zu begeistern. Um solche veralteten Vorstellungen zu beseitigen, ist noch einiges an bildungspolitischer Arbeit zu leisten. ●



Die Hesse komme

Hörsaal der Technischen

Universität: Darmstadt profitiert von der engen Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft.

Mit einem klaren Konzept hat sich Darmstadt zu Deutschlands Metropole mit den besten Zukunftsaussichten gemausert. Das sollte andere deutsche Städte zum Nachmachen bewegen. Doch einfach kopieren lässt sich das Rezept nicht. // TEXT // **FRANK BURGER**

Die Stadt auf Rang eins des „Zukunftsindex 2030“ überrascht: Es ist Darmstadt. Die Metropole im Rhein-Main-Gebiet hat häufig mit einem Langweiler-Image zu kämpfen. Doch in Sachen Zukunftschancen haben die Südhessen die Nase vorn und dabei klangvolle Namen wie Stuttgart und Frankfurt locker hinter sich gelassen – und das ganz ohne hohes Budget oder den Glamour, den diese Städte verbreiten. In dem Vergleich,

den die *Wirtschaftswoche*, Immobilienscout24 und IW Consult, Köln, erstellt und Ende vergangenen Jahres veröffentlicht haben, wurden 69 deutsche Großstädte mit mindestens 100.000 Einwohnern bewertet. Maßstab dafür waren zwölf Indikatoren aus den Bereichen Forschungsstärke, Industrien der Zukunft, Wirtschaftspotenzial und kreative Dienstleistungen. Die Topplatzierung Darmstadts ist kein Zufall. Sie ist das Ergebnis einer gelungenen Kombination aus

klugem, strategischem Vorgehen und harter Arbeit.

Darmstadt punktet mit der Quote der Hochschulabsolventen aus sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Sie ist an den Fachhochschulen und der Universität der Kommune so hoch wie nirgendwo anders in Deutschland. Ebenso ist die Stadt Spitzenreiter bei der Affinität der örtlichen Unternehmen zum Thema Industrie 4.0. Bei der Akademikerquote in der Bevölkerung und dem Anteil Beschäftigter in kreativen Branchen landet Darmstadt auf dem vierten beziehungsweise dritten Platz.

So weit die nackten Zahlen des Rankings. Was aber ist die Basis des Erfolgs? Und was können andere Städte daraus lernen? „Ich tue mich ein bisschen schwer mit der Annahme, dass Darmstadt ein Vorbild sein »

könnte, so, als hätten wir eine Patentlösung entdeckt“, sagt Michael Kolmer, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtentwicklung in Darmstadt. „Diese Vorstellung legt nahe, dass alle Kommunen gleich seien. Dabei hat jede Stadt ihre spezifische Eigenlogik.“

Und die lässt sich beim Sieger des Rankings immer wieder auf ein Argument zurückführen: Wissenschaft und Forschung. Die Technische Universität (TU), zwei Fachhochschulen, drei Fraunhofer-Institute, das GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung oder das europäische Raumflugkontrollzentrum ESA/ESOC sind nur einige der Einrichtungen, die den Titel „Wissenschaftsstadt“ rechtfertigen, den Darmstadt seit 1997 offiziell führt.

Im Unterschied zu ebenso universitär geprägten Städten ähnlicher Größe – um 150.000 Einwohner – wie Freiburg, Regensburg oder Heidelberg verfügt Darmstadt aber auch über einen starken industriellen Kern. Der Chemie- und Pharmakonzern Merck hat seinen Sitz ebenso in der Stadt wie das Maschinenbauunternehmen Schenck, der IT-Riese Software AG und mehrere Unternehmenszweige der Deutschen Telekom.

Ein dritter Faktor ist die exzellente Lage Darmstadts, keine 30 Kilometer entfernt vom europäischen Verkehrsknotenpunkt Frankfurt am Main. Darmstadt erfüllt damit alle Voraussetzungen der zukunftsfähigsten Standorte: „Ein Dreiklang aus starken Wirtschaftsunternehmen, innovativen Forschungseinrichtungen und hochkarätigen Universitäten“, zählt Christian Gisy, Finanzvorstand der Scout24 AG, auf. Zum besonderen Darmstädter Sound trägt außerdem die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft bei.

Was das Darmstadt der Gegenwart stark macht, hat seine Wurzeln in der Vergangenheit, und manche von ihnen reichen tief. Die Firma Merck zum Beispiel existiert schon seit 1668. Heute beschäftigt das älteste chemisch-pharmazeutische Unternehmen der Welt 50.000 Mitarbeiter, 9.000 davon im Stammwerk Darmstadt. Die Technische Universität (TU) beherbergt seit 1882 den ersten Lehrstuhl für Elektrotechnik in

Deutschland. Die Isolierung von Enzymen und ihre revolutionäre Verwendung in Waschmitteln und in der Lebensmittelindustrie und die Erfindung von Plexiglas sind das Werk des 1939 verstorbenen und in Darmstadt ansässigen Chemikers und Unternehmers Otto Röhm.

Früh die richtigen Weichen gestellt

Im Zweiten Weltkrieg zerstörten Bomben fast 80 Prozent aller Gebäude in Darmstadt. Eine der wenigen Ressourcen, über die Darmstadt nach dem Krieg noch verfügte, waren Flächen. Darauf wurde aufgebaut. Auf Arealen wie dem ehemaligen Exerzierplatz im Westen siedelten sich auswärtige Unternehmen an – angelockt von niedrigen Grundstückspreisen, Steuervergünstigungen und der Nähe zum Messeplatz Frankfurt. „Der Erfolg des Konzepts war durchschlagend und hat die Zukunft Darmstadts mitgeprägt“, erzählt Klaus Staat, der ehemalige Lokalchef des *Darmstädter Echo*. Bis 1959 lassen sich rund 170 Firmen der sogenannten „rauchlosen Industrie“ nieder: Verlage, Druckereien, Firmen aus der Nahrungsmittel- und Kosmetikbranche. „Insgesamt sind

so in den ersten zehn Jahren mehr als 10.000 Arbeitsplätze entstanden“, sagt Staat.

Auch manche Voraussetzungen für den heutigen IT-Standort werden in der Nachkriegszeit geschaffen. Die Bundespostverwaltung gründet 1949 in Darmstadt das Fernmeldetechnische Zentralamt (FTZ), in dem an Technologien wie Bildtelefonie und Telefax getüftelt wird. Nach mehreren Metamorphosen geht das FTZ in der Deutschen Telekom auf, die in Darmstadt, dem zweitgrößten Firmenstandort, 7.000 Mitarbeiter beschäftigt.

Auf 5.500 Beschäftigte kommen zusammengenommen die TU, die Hochschule Darmstadt und die Evangelische Hochschule Darmstadt. Damit spielen die Ausbildungsstätten für Akademiker auch selbst als Arbeitgeber eine beachtliche Rolle. Weitaus mehr Bedeutung haben sie als Säulen der Wissenschaftsstadt Darmstadt – allen voran die TU, die Wirtschaftsförderer Michael Kolme als „Motor für die Entwicklung Darmstadts“ bezeichnet.

An der TU sind derzeit rund 26.500 Studenten für die vorwiegend technisch-naturwissenschaftlich orientierten Studien-

Die Städte mit den besten Zukunftsaussichten
Zukunftsranking in Punkten, Mittelwert 50

Rang	Punkte	Region	Forschungsstärke	Industrie der Zukunft	Kreative Dienstleistung
1	65,9	Darmstadt	20,8	24,4	20,7
2	64,5	Erlangen	26,7	21,8	15,9
3	59,9	München	20,9	18,7	20,3
4	58,5	Jena	22,4	20,4	15,7
5	58,4	Heidelberg	19,4	18,0	21,0
6	58,1	Stuttgart	21,3	18,5	18,3
7	58,0	Karlsruhe	17,7	20,8	19,5
8	56,4	Dresden	19,3	17,1	20,0
9	56,3	Wolfsburg	22,9	20,8	12,6
10	55,7	Regensburg	17,7	20,2	17,8
11	55,3	Potsdam	18,5	16,2	20,5
12	54,6	Freiburg/Breisgau	19,2	15,9	19,5
13	54,5	Mainz	16,8	16,2	21,5
14	54,3	Aachen (Städteregion)	18,2	19,4	16,7
15	53,8	Köln	16,2	17,9	19,6



Hochleistungs-Rechenzentrum am GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung: Der zu der Anlage gehörende Rechner L-CSC repräsentiert Spitzentechnologie. Es zählt zu den weltweit leistungsfähigsten Computersystemen.

eine Hochschule allein zu kostspielig wäre; die Firmen nehmen teil am Erkenntnisgewinn hochaktueller akademischer Forschung und können frühzeitig Nachwuchskräfte rekrutieren.

Für Studierende ist eine Stadt naheliegenderweise umso attraktiver, je stärker Wissenschaft und Wirtschaft auf Augenhöhe agieren. Das kann eine Mechanik befördern, wie sie Darmstadt erlebt. „Die jungen Leute kommen zum Studieren her, finden einander, gründen Familien und bleiben nach dem Abschluss hier, statt wieder fortzuziehen“, umreißt Michael Kolme die Entwicklung. „Zum einen wegen der hervorragenden Jobaussichten, zum anderen, weil es sich in Darmstadt einfach gut leben lässt. Dadurch steigt der Anteil der 20- bis 35-Jährigen an der Bevölkerung, was die Dynamik eines Ortes wiederum belebt.“

Allerdings stellen die standorttreuen Akademiker auch Ansprüche. Sie bevorzugen familienfreundliche Unternehmen, brauchen bezahlbaren Wohnraum (der in Darmstadt knapper wird) und erwarten ein breites Kulturangebot. In dieser Hinsicht kann sich Darmstadt selbstbewusst geben: Ein Detailergebnis des Zukunftsindex 2030 legt den Schluss nahe, dass manche Kultureinrichtungen der Stadt auf höchsten Niveau agieren – schließlich gehen nur in Dresden die Bürger noch häufiger ins Theater und in die Oper. ●



FRANK BURGER, ist freier Journalist aus Hamburg, den mit Darmstadt der Beginn seiner Leidenschaft zu Museen verbindet, nachdem er als Elfjähriger die naturkundliche Sammlung des Hessischen Landesmuseums besucht hat. redaktion@libmag.de

Arbeit im Labor der Fraunhofer LBF: Das neue Kilo-Labor der Einrichtung erlaubt ein Hochskalieren von Laborsynthesen auf den Kilogramm-Maßstab.



gänge eingeschrieben. Zu den mehr als 100 angebotenen Fächern gehören aber auch Jura, Geschichte und Wirtschaftswissenschaften. Im Ranking der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) belegt die TU bei den Ingenieurwissenschaften Platz zwei aller deutschen Hochschulen, bei ausländischen Wissenschaftlern aus dem Ingenieurbereich ist sie die beliebteste Uni Deutschlands.

Die Stadt pflegt ihr Profil

Die Studierendenzahlen steigen stetig. Seit Darmstadt vor 19 Jahren zur „Wissenschaftsstadt“ ernannt wurde, legten sie um 73 Prozent zu. „Das ist kein Titel fürs Ortsschild, sondern ein klares Profil, das schon früh Kontur gewonnen hat und das konsequent weiter geschärft wird“, sagt Kolme. Ein Meilenstein ist dabei der 1. Januar 2005: Die

TU wird an diesem Tag per Landtagsbeschluss zur ersten weitgehend autonomen Hochschule der Republik. Das heißt unter anderem, dass sie ihren Haushalt und ihre Gebäude selbst verwalten kann und in Eigenregie mit dem Lehrpersonal über Gehalt und Ausstattung verhandeln darf – das macht die TU finanziell flexibler und hat beispielsweise dazu geführt, „dass wir bis 2015 gut 400 Millionen Euro in Neubauten investiert und so die Studien- und Forschungsbedingungen deutlich verbessert haben“, sagt TU-Sprecher Jörg Feuck.

Die Autonomie vereinfacht auch die Kooperation der Universität mit den vielen Unternehmen vor Ort. Von gemeinsamen Projekten mit Merck, Software AG & Co. profitieren beide Seiten: Die TU hält den Bezug zur Praxis hoch und kann Firmeneinrichtungen mitnutzen, deren Betrieb für

Bürokraten schaffen das nicht

Zum Wortschatz von Sonntagsrednern gehören Begriffe wie Zivilcourage, Mut und Eigeninitiative. Denn der Staat könne nicht alles regeln. Versucht er aber. In Flüchtlingsunterkünften leben Tausende junge Männer in den Tag hinein, obwohl sie arbeiten wollen. Doch sie dürfen nicht. Der absurde Fall des Busunternehmers Christian Herrmann zeigt die behördliche Wirklichkeit.

// TEXT // JAN-PHILIPP HEIN



Fotos: Dominik Butzmann/laif, privat

Die Flüchtlingskrise war eine Sternstunde bürgerlicher Tugenden, die Politiker in ihren Reden gerne beschwören. Hätten Freiwillige dem Staat nicht bei der Bewältigung des Ansturms hilfesusender Menschen geholfen, wäre das Chaos noch weit größer als sowieso schon gewesen. Am Münchener Hauptbahnhof beispielsweise brachten Helfer irgendwann so viele Lebensmittel und Spielsachen vorbei, dass die Polizei schließlich darum bat, nicht noch mehr zu bringen. Man wisse gar nicht mehr, wohin mit all den guten Gaben. Solche Szenen gab es überall im Land.

Nicht überliefert ist, dass der Staat den Helfern damals Vorschriften machte, wer auf welche Art welche Hilfe leisten darf. Die Krise begann unbürokratisch und wurde unbürokratisch bewältigt.

Doch mittlerweile haben sich der Staat und seine Behörden wieder berappelt. Die Flüchtlingskrise wird nun: verwaltet. Und damit finden die Ämter zu ihrer Paraderolle zurück: intervenieren, blockieren, Regeln und Verordnungen machen.

So ist zu erklären, warum schon mal Bauvorschriften verhindern, dass aus leer stehenden Immobilien Flüchtlingsunterkünfte werden. Sie entsprechen einfach nicht den aktuellen Energiesparrichtlinien oder sind nicht barrierefrei. Wenn First World Problems auf reale Krisen treffen, wird es schon mal skurril.

Weit beunruhigender ist aus Sicht von Sicherheitsexperten, dass viele Flüchtlinge seit ihrer Ankunft in Deutschland nur eins tun: ihre Zeit totschlagen. „Das bekommt schon Leuten, die hier als bestens integriert gelten, nicht gut“, sagt Daniel Heinke, Lehrbeauftragter am Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung in Bremen. „Was aber, wenn das mitunter hochtraumatisierten jungen Männern ohne soziale Bindungen am aktuellen Aufenthaltsort passiert“, fragt er sich. Der Fall des Würzburger Axt-Attentäters Mitte Juli ist warnendes Beispiel genug.

Vergangenes Jahr machten viele Städte und Kommunen die alarmierende Beobachtung, dass sich Islamisten vor den provisorischen Zeltstädten und Containerdörfern aufhielten und den Bewohnern anboten, sie mit zum Beten in die Moschee zu nehmen und hinterher wieder in der Unterkunft abzuliefern. Was gegen solche Anwerbeversuche und andere Verlockungen im Leben eines Flüchtlings helfen kann, liegt auf der Hand: Arbeit!

Einer der Bürger, die in den Predigten der Sonntagsredner immer wieder vorkommen, ist der Berliner Busunternehmer Christian Herrmann. Der *Rundfunk Berlin-Brandenburg* hat seinen absurden Fall von verbotener Flüchtlingsintegration bekannt gemacht. Die Episode zeigt, wie schnell das gesellschaftliche Ideal an der Realität der Verwaltung scheitern kann.



CHRISTIAN HERRMANN hatte die Idee, neue Mitarbeiter unter den Flüchtlingen zu suchen. Doch die Arbeitsagentur und die Ausländerbehörde stellten sich quer.

Firmeninhaber Herrmann kommt selbst aus einer Familie, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Flucht war. So kennt er die Not der Flüchtlinge nicht nur als Unternehmer, der viele von ihnen ein paar Wochen lang transportiert hat, sondern auch aus Erzählungen seines Vaters.

Und Herrmann hat wie so viele andere Unternehmer ein massives Problem: Er sucht händierend neue Mitarbeiter. Er benötigt Unterstützung in der Verwaltung, braucht Mechatroniker für seinen Fahrzeugpark, und ein Busunternehmen sucht natürlich permanent Busfahrer. So hatte Herrmann die Idee, einsatzfreudige neue

Mitarbeiter auch unter den Flüchtlingen zu suchen. Rund 50 von ihnen hätte er gerne eingestellt. Doch daraus wurde nichts. Arbeitsagentur und Ausländerbehörde stellten sich quer. Wer eine Duldung hat, so sehen es die Vorschriften vor, muss sich von der Ausländerbehörde erst eine Beschäftigungserlaubnis geben lassen. Doch dort wollen die Beamten zunächst einen Sprachtest sehen.

Dieser Test ist Herrmann jedoch völlig egal. Der Unternehmer weiß aus der Spätaussiedler-Einwanderungswelle um die Jahrtausendwende herum, wie schnell die Leute durch und bei der Arbeit die Sprache lernen – quasi als positives Nebenprodukt.

Was in Berlin an Behördenschikane passiert, ist kein Einzelfall. Viele Berufs- und Studienabschlüsse werden nicht anerkannt, die Betroffenen lässt man im deutschen Ämterdschungel allein. Die Verwaltung schickt Arbeitswilligen ein knappes „Nein“, statt – auch im Interesse der Gesellschaft – mit ihnen gemeinsam einen Fahrplan aufzustellen, um sie rasch fit für den Arbeitsmarkt zu machen.

Niemand stellt die Frage, ob Fliesenleger, Monteure oder Programmierer nicht viel leichter Deutsch lernen, wenn sie in einem Job produktiv und erfolgreich tätig sind. Dem deutschen Arbeitsmarkt fehlen junge Kräfte gerade in den von Bestandsdeutschen wenig nachgefragten Berufen. Dennoch halten die an der Verwaltung der Flüchtlinge beteiligten Behörden und Ämter an ihren starren Regeln fest. So wird aus der für jeden sichtbaren Flüchtlingskrise im vergangenen Jahr eine verdeckte Krise in diesem Jahr und allen Folgejahren. Deren unangenehme Nachwirkungen werden dann irgendwann Leute wie Sicherheitsexperte Heinke verwalten und bekämpfen dürfen. ●



JAN-PHILIPP HEINKE lebt und schreibt in Bremen – einer Stadt, die im vergangenen Jahr rund 13.000 Flüchtlinge aufgenommen hat. Weil die Verwaltung dort damit überfordert war, halfen weit mehr als 1.500 Bürger ehrenamtlich. redaktion@libmag.de



Oase im Problemkiez

Vor 16 Jahren erbt der Historiker Michael Wolffsohn eine heruntergekommene Wohnanlage im Berliner Stadtteil Wedding. Statt das problematische Erbe zu verkaufen, machte er daraus ein Experimentierfeld für das Miteinander der Kulturen. // TEXT // **FLORIAN SIEVERS**

Links reihen sich triste Mietskasernen aus den Siebzigern, rechts blinken die Neonreklamen einer bulligen Shopping Mall, weiter hinten stehen Autofahrer Schlange an einem Recyclinghof. Die Behmstraße im Berliner Problemviertel Wedding ist wahrlich keine Schönheit. Doch auf einer Ecke der rund einen Kilometer langen Straße, hinter einer graugrünen geometrischen Skulptur, plätschert plötzlich ein kleiner Brunnen. Dahinter gepflegte Rasenstücke und frisch gestrichene Häuser. Hier blinzeln Nachbarn von ihrer Fensterbank in die Sonne, daneben Hauseingänge, die einander ähneln, aber alle mit leicht

unterschiedlichen expressionistischen Blumenornamenten verziert sind. „Das Unterschiedliche im Gleichen und andersrum – das ist Dialektik“, ruft Michael Wolffsohn begeistert.

Mit solchen Gegensätzen in den Dingen – und ihrer Aufhebung – kennt sich Wolffsohn aus. Der Historiker und emeritierte Professor der Bundeswehr-Universität München ist der breiten Öffentlichkeit hierzulande vor allem als streitbarer Talkshow-Gast bekannt. Ein oft als rechtskonservativ missverständener Freidenker mit starker eigener Meinung, insbesondere zu seinen Lieblingsthemen deutsch-jüdische

Geschichte, Israel und innere Sicherheit. Zugleich aber ist Wolffsohn auch Hauseigentümer und Immobilienunternehmer.

Denn der 1947 in Tel Aviv als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie geborene und in Berlin aufgewachsene Wolffsohn hat von seinem Vater im Jahr 2000 die Gartenstadt Atlantic geerbt: ein Ensemble aus 49 Häusern mit rund 500 Wohnungen und insgesamt 36.000 Quadratmeter Wohnfläche, das inzwischen grundsaniiert wurde und liebevoll gepflegt wird.

Die Anlage hat Wolffsohn dazu gebracht, sich vom reinen Theoretiker zum aktiv handelnden Gesellschaftsgestalter zu wan-

deln. Sie gehörte einst Wolffsohns Großvater Karl und ist benannt nach einer Handelsgesellschaft. Die Bauten wurden 1925 bis 1929 im Stil des Reform-Wohnungsbaus errichtet: schlichte, funktionale Gestaltung, viel Licht, viel Grün, so wie es das Wohnmodell „Gartenstadt“ Ende des 19. Jahrhunderts ursprünglich vorsah. Seit mehr als 20 Jahren steht das Ensemble unter Denkmalschutz, doch als Wolffsohn es zusammen mit seiner Frau Rita übernahm, sah es übel aus: blätternde Farbe, bröckelnder Putz, darin noch Einschusslöcher aus dem Zweiten Weltkrieg. Ein Drittel der Wohnungen stand leer, im Keller einer Kneipe stießen die Wolffsohns sogar auf eine illegale Schießanlage.

Entscheidung für das Familienerbe

„Sofort verkaufen“, rieten Freunde und Bekannte, doch das kam nicht infrage, nicht nach der langen Familiengeschichte. Stattdessen also: wiederbeleben. So ließen die

Ein eingespieltes Team: Während Rita Wolffsohn die kaufmännische Leitung der Gartenstadt Atlantic verantwortet, pflegt ihr Mann die sozialen Beziehungen in- und außerhalb des kulturellen Mikrokosmos.



Wolffsohns unter Leitung der Architekten Braun-Feldweg/Muffert aus Würzburg und Berlin fünf Jahre lang alle 500 Wohnungen renovieren. Von der Renovierungsplanung bis zur Wohnungsverwaltung mussten sich die Wolffsohns dabei alles notwendige Wissen über Learning by Doing aneignen. „Mir war es wichtig, dass wir wenigstens jeden Fehler nur einmal machen“, sagt Rita Wolffsohn heute.

Obwohl die Wolffsohns nicht luxussanierten, kostete das Projekt unter dem Strich insgesamt 32 Millionen Euro. Dafür gingen nicht nur die gesamten Rücklagen der Wohnanlage drauf. Die Eigner nahmen so umfangreiche Kredite auf, dass auch noch die eigenen Kinder „und unsere Enkelkinder“, wie die Wolffsohns nur halb im Scherz betonten, daran abbezahlen werden. „Unser Engagement hat sich in fast jeder Hinsicht gelohnt, nur nicht als renditeträchtige Investition – aber das wussten wir ja vorher“, sagt Michael Wolffsohn trocken.

Sanft umgestaltet

Heute übernimmt Rita Wolffsohn, gelernte Pharmazeutin und Tochter des Designpioniers Wilhelm Braun-Feldweg, die kaufmännische Leitung der Wohnanlage. In einer raumhohen Wand im Verwaltungsbüro stehen lange Reihen schwarz-weiß beschrifteter Aktenordner, einer für jede Wohnung. Michael Wolffsohn kümmert sich um die Außenbeziehungen des kulturellen Mikrokosmos. Zusammen haben sie in den vergangenen Jahren die Mieterschaft sanft umgestaltet.

Heute hat jeder vierte Bewohner der Gartenstadt Atlantic einen Migrationshintergrund. Es sind vorwiegend Deutsche türkischer Herkunft. Die Quote ist zwar niedriger als sonst im Wedding, wo die Hälfte der Einwohner Wurzeln im Ausland hat. Sie liegt aber immer noch erheblich höher als in anderen sanierten Wohnanlagen.

Wichtig war den Wolffsohns die Mischung in der Mieterschaft: Es sollten sich keine Enklaven nach sozialem oder kulturellem Hintergrund bilden. „Nur dann kommt man miteinander ins Gespräch“, sagt Michael Wolffsohn.



Die Lichtburg-Stiftung fördert mit einem Programm flankierend die kulturelle, musische und sportliche Förderung der Kinder auf der Insel und aus der näheren Umgebung.

Er sieht die Gartenstadt Atlantic, in deren Innenhof große Bäume rauschen, um die der Hausmeister gerade frischen Rasen gesät hat, als ein Experimentierfeld für das Miteinander der Kulturen. Hier wohnen Christen, Juden und Muslime, Deutsche, Türken und Araber wortwörtlich Tür an Tür. Ihre Kinder, aber auch der Nachwuchs aus der gesamten Nachbarschaft, können sich in mehreren „Lernwerkstätten“ kennenlernen. Das sind kleine Bildungsprojekte, meist in Ladenlokalen, wo sie beispielsweise gemeinsam Musikinstrumente lernen oder auch spielerisch Physik erkunden. Die Wolffsohns treten dabei nicht etwa selbst als Mäzene auf, sie organisieren stattdessen über ihre weitreichenden Verbindungen Spenden. Solche Kulturangebote verleihen der Wohnanlage Michael Wolffsohn zufolge die notwendige Seele. „Urbanität“, sagt er, „entsteht schließlich nicht einfach aus der Addition von Häusern.“ ●



FLORIAN SIEVERS arbeitet als freier Journalist in Berlin-Mitte. Nicht weit entfernt von seinem Büro wiegen sich die Bäume im Hof der Gartenstadt Atlantic im Wind. Sievers könnte sich gut vorstellen, mit seiner Familie in der Wohnanlage zu leben.
redaktion@libmag.de

Nach Hause telefonieren

Nachts allein im Dunkeln auf dem nach Hause – viele begleitet dabei ein mulmiges Gefühl.

Unterstützung in solchen Fällen bietet eine neue Idee: das Heimwegtelefon. // TEXT // **KAPKA TODOROVA**

Jana ist 17 und am Wochenende wie viele Jugendliche gerne mit Freundinnen unterwegs auf den Partymeilen in Berlin. In diesen Nächten wartet ihre Mutter zu Hause in Pankow voller Sorgen auf sie und kann nicht einschlafen, bevor ihre Tochter daheim angekommen ist. Ständig per Handy fragen, wo Jana gerade sei, mag sie nicht. Das kommt bei der 17-Jährigen nicht gut an. Jana selbst weiß um die Sorgen ihrer Mutter. Aber sie verzichtet darauf, sie anzurufen, wenn sie nachts allein durch die dunklen Straßen geht, da sie ihr nicht unnötig Angst machen will.

Mit ihrem Problem ist die Partygängerin nicht allein. Viele, die wie Jana spät nachts von der Arbeit kommen oder nach einer Feier ohne Begleitung auf dem Weg nach Hause sind, haben keinen, den sie in dieser Situation anrufen könnten. Doch ein neues Angebot schafft Hilfe: das Heimwegtelefon. „Man wählt einfach unsere Nummer, einer unserer Helfer geht ans Telefon, stellt sich kurz vor, fragt nach dem Namen des Anrufers und dem Start und Ziel seines Weges“, erklärt Frances Berger, eine der Gründerinnen der Initiative, das Prinzip. Der Mitarbeiter gibt die beiden Orte bei Google ein, sodass er auf der Karte sehen kann, was rundherum so alles ist, und eröffnet ein nettes Gespräch über dies und das.

Frances Berger und Anabell Schuhardt haben die Initiative Heimwegtelefon bereits

im Jahr 2013 gegründet und aufgebaut. Heute arbeitet dort ein Team von rund 50 ehrenamtlichen Helfern zusammen. „Die Idee kam uns in den Niederlanden, wo Anabell und ich gemeinsam gearbeitet haben. Wir standen an einem Kaffeeautomaten, als Schuhardts Handy klingelte. Es hat aber niemand angerufen, sie war nur auf eine Telefontaste gekommen, die einen „gefälschten“ Anruf auslöst. „Damit wird möglichen Angreifern signalisiert, dass ein Dritter schnell Hilfe holen könnte“, erinnert sich Berger.

Dieses Sicherheitstool fanden die beiden Frauen interessant. Sie begannen zu recherchieren und stießen dabei auf ein schwedisches Heimwegtelefon, das direkt von der Polizei betrieben wird. Beide fanden es schade, dass in Deutschland nichts Vergleichbares angeboten wird. „Anstatt uns zu wundern, warum niemand so eine Hotline

anbietet, haben wir uns gedacht, wir machen das jetzt einfach selbst“, erzählt Berger.

Der Mitarbeiter des Heimwegtelefons fragt während der Unterhaltung immer wieder den Standort des Anrufers ab. Mitunter dauern die Gespräche etwas länger, manchmal braucht der Anrufer lediglich telefonischen Beistand von der Bus- oder S-Bahn-Haltestelle bis zur Haustür. Dabei sind es nicht nur junge Frauen, die das Hilfsangebot in Anspruch nehmen. Etwa ein Zehntel der Anrufer sind Männer.

„Bis jetzt ist noch nie etwas besonders Schlimmes passiert“, betont Berger. Im Fall des Falles aber könnten die Betreuer sofort die Polizei informieren und den letzten Standort der Person weitergeben. Schnelle Hilfe wäre möglich. Überdies übernimmt das Heimwegtelefon eine psychologisch abschreckende Funktion. „Eine telefonierende Person wirkt in der Regel weniger ängst-

HILFE IN DER NACHT

Das Heimwegtelefon ist donnerstags von 20 Uhr bis Mitternacht sowie freitags und samstags von 22 bis 4 Uhr unter der Nummer 030/12 07 41 82 erreichbar. Weitere Infos unter: www.heimwegtelefon.de. Nachdem sich die Übergriffe auf Frauen häufen, bieten auch immer mehr Studenteninitiativen und Sicherheitsunternehmen Helfer-Nummern an. Auch persönliche Begleitservices für die sichere Heimkehr kommen auf – auch wenn der Dienst bisweilen nur den Weg von der Haltestelle bis ins sichere Zuhause umfasst. Zudem gibt es technische Lösungen.



lich und steckt deshalb nicht in einer typischen Opferrolle“, weiß Berger. „Sie geht meist aufrechter und selbstbewusster. Zudem weiß ein potenzieller Täter um den Zeugen am anderen Ende. Eine Tatsache, die ihn zusätzlich verunsichern könnte.“

Erfolg mit dem zweiten Versuch

Der Start des Hilfsangebots im Dezember 2013 verlief verheißungsvoll. Vom Fleck weg gewann das Start-up immer mehr Nutzer. Doch dann kamen die Probleme. Die Technik erwies sich als fehleranfällig, das drückte die Zahl der Anrufe. Dem Gründer-Duo liefen daher mit der Zeit die Mitarbeiter davon. Dazu kamen Veränderungen im privaten Umfeld. Irgendwann drohte die Hotline zu erkalten. Vor die Wahl gestellt, die Notbremse zu ziehen oder noch einmal durchzustarten, entschied sich Berger für Letzteres. In diesem Jahr wagte sie den Re-Start – und ist dabei überraschend erfolgreich. Allein auf Facebook hatte das Heimwegtelefon zur Jahresmitte schon 13.000 Fans. „Wir waren sehr erstaunt, als wir von knapp 3.500 Facebook-Fans plötzlich bei 13.000 Fans standen. Unabhängig davon sind wir aber auch einfach von der Idee überzeugt“, sagt die Gründerin. Mittlerweile hat sie über 50 neue Helfer ins Boot geholt.

Ein Vorteil ist, dass die Nutzer das Heimwegtelefon von überall aus anrufen können. Auch die Helfer sitzen über ganz Deutsch-

land verteilt, auch wenn die Hotline unter einer Berliner Nummer erreichbar ist. Seit Ende März verfügt Berger über eine professionelle Telefonanlage. Das Projekt selbst läuft als gemeinnützige Unternehmensgesellschaft in Gründung und ist auf ehrenamtliche Helfer und Spenden angewiesen.

Zehn bis 15 Menschen wählen laut Berger freitags und samstags die Nummer. Drei Anrufe können normalerweise parallel angenommen werden. Wenn nötig, schaffe man es aber auch, die Leitungen für 20 freizuhalten, sagt die ProjektChefin. Zusätzliche Kosten entstehen für den Anrufer nicht. Er zahlt nur die Gebühren für den Anruf ins deutsche Festnetz, die der jeweilige Anbieter je nach Vertrag und Tarif verlangt. Für die Helfer gibt es einen Leitfaden, der auch Ratschläge für den Small Talk beinhaltet. „Wir haben auch eine Psychologin an Bord, die uns Tipps für die Gespräche gibt“, erklärt Berger. Denn auch wenn sie manchmal mit der Telefonseelsorge verwechselt werden, muss klar sein, dass sie das genau nicht sind.

Besonders groß war das Interesse an der Hotline nach der Silvesternacht in Köln. „Dass wir so schnell wieder gestartet sind, hat sicher mit diesen Ereignissen zu tun“, sagt Berger. Nach den Übergriffen auf dem Domplatz hätten sich zahlreiche Menschen bei ihr gemeldet und nach dem Heimwegtelefon gefragt. „Köln hätten wir mit unserer Hotline aber nicht verhindern können“,

betont Berger allerdings. Auch sie ruft das Heimwegtelefon an, wenn sie mal nachts ausgeht. Jedoch ist sie nicht mehr so häufig unterwegs wie früher. Dazu fehlt ihr einfach die Zeit.

Neben der Tätigkeit fürs Heimwegtelefon arbeitet Berger als Unternehmensberaterin und Fotografin und kümmert sich zudem noch um ihre beiden kleinen Söhne. Das ist ohne Hilfe kaum zu schaffen. „Nachdem Anabell nicht mehr aktiv beim Heimwegtelefon mitarbeitet, habe ich mit Anne Barten eine wunderbare Unterstützung gefunden. Sie steckt mindestens genauso viel Herzblut ins Heimwegtelefon wie ich“, erklärt sie den Erfolg der Initiative.

Ein Team von Helfern unterstützt sie nicht nur als Telefonisten, sondern auch bei IT-Fragen, der Rekrutierung neuer Mitarbeiter und dem Social-Media-Auftritt. „Wir sind sehr froh über so viel Unterstützung, aber natürlich leidet das eine oder andere doch darunter. Wenn wir eine gute Routine gefunden haben, wird es sicher wieder entspannter“, glaubt Berger. ●



KAPKA TODOROVA ist freie Journalistin und Mutter eines Sohnes. Wenn sie ausgeht, nutzt sie nach den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln auch selbst das Heimwegtelefon.
redaktion@libmag.de

Zwerge an der Oder



Einst galten sie als Symbol von Anarchie und Aufmüpfigkeit: die Zwerge von Breslau — hier „Polonikus“ und „Germanikus“ vor dem deutschen Generalkonsulat.

Wie sich Wrocław/Breslau, die gegenwärtige Europäische Kulturhauptstadt, erfolgreich den Trends von Amnesie und nationalem Chauvinismus entgegenstemmt. // TEXT // **MARKO MARTIN**

Wenn eine europäische Stadt ausgerechnet Zwerge zu ihrem Symbol kürt, liegt die Vermutung nahe, hier werde dem gegenwärtigen Trend der Introversion gehuldigt: ein quasi Asterixscher Kult der Abschottung und der rustikalen Niedlichkeit. Wird in den hiesigen Straßen – rechts und links jener überall präsenten Bronzezwerge – auch noch häufig Deutsch gesprochen, konkretisiert sich der Verdacht. Hatte nicht vor 20 Jahren Karl-Heinz Bohrer in seinem fulminanten Essay für den *Merkur* die allzeit fröhlich hütelnden und kichernden Mainzelmännchen als die perfekte Inkarnation jener bundesdeutschen Befindlichkeit analysiert? Waren sie es nicht, die mühsam erworbene Zivilität mit Selbstverzwergung und infantiler Harmlosigkeit?

Nun ist freilich das polnische Wrocław – in diesem Jahr die Europäische Kulturhauptstadt – seit 1945 keine deutsche Stadt mehr. Außerdem illustriert das ehemalige Breslau keine Hortus-conclusus-Gestimmtheit, sondern stellt sich dieser geradezu subversiv entgegen. Unterschätze man also nicht jene winzigen Gestalten, die da in der ganzen Stadt auf dem Boden sitzen oder an Fassaden kraxeln, sich Zigaretten anzünden oder Erdkugeln stemmen. Die Last nämlich, mit der es Wrocław's Zwerge aufnehmen, ist enorm – und betrifft das national-chauvinistische Gedöns von Polens gegenwärtiger rechtskonservativer Regierung ebenso wie jenen gesamteuropäischen Trend, der immer stärker zu historischer Amnesie tendiert.

Die wahre Geschichte der Zwerge aber ist keineswegs harmlos und putzig, sondern könnte lehren, wie Gedächtnis funktioniert. Breslau, einst polnisch, dann 700 Jahre böhmisch, österreich-ungarisch und deutsch, wurde nach 1933 von den Nazis zwangshomogenisiert und massenmörderisch „judenfrei“ gemacht, ehe es dann nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erneut zu einer polnischen Stadt wurde. Die Deutschen wurden vertrieben oder ausgesiedelt, an ihre Stelle rückten ebenfalls Vertriebene: Polen aus dem damaligen Osten des Landes, den sich Genosse Stalin unter den Nagel gerissen hatte. Hier nun kommen die Zwer- »



Kuppel des Museums für zeitgenössische Kunst: Die ehemals von Nazis zwangshomogenisierte Stadt wahrt ihr geschichtliches und kulturelles Erbe an vielen Stellen des aufwendig restaurierten Stadtzentrums.



Kunstprojekt: Kinder spielen auf einer überdimensionalen bunten Igelfigur. Die Installation ist Teil des Kunstprogramms, das die Stadtverantwortlichen anlässlich der Europäischen Kulturhauptstadt organisiert haben.

ge ins Spiel, um inmitten all dieses Elends eine andere Note zu setzen, frech und selbstbewusst: In den bleiernen Jahren des Parteikommunismus wurde Wrocław zu einer Keimzelle der Opposition. Doch nicht nur die legendäre „Solidarnosc“ war hier ab den 1980er-Jahren präsent, sondern auch jene vom deutschen Dadaismus und französischen Surrealismus beeinflusste „Orangene Alternative“: die Erfinder der Zwerge.

In Gestalt von Zwergen-Graffiti und auf Zipfelmützen-Demos führte man die Staatsgewalt vor, die gegen das subversive Treiben keine Handhabe fand: Wie sollte man Leute auseinanderprügeln, die über den städtischen Ring zogen und dabei Lenin-Plakate in die Höhe streckten – oder vor dem Schimpansenkäfig des Zoologischen Gartens Stalin-Lieder anstimmten?

Die jungen Bezipfelten von damals sind nun beinahe Rentner, aber ihr guter, antiautoritärer Geist scheint noch immer in der Stadt zu wehen. Daran ändern auch jene rechtsextremen Grüppchen nichts, die mitunter sogar vor der Gotik-Renaissance-Barock-Kulisse des grandios restaurierten Stadtzentrums auftauchen, um Fotos des Bürgermeisters Rafal Dutkiewicz zu verbrennen. Dutkiewicz war ebenfalls „Solidarnosc“-Sympathisant, ist seit seinen Freiburger Studententagen Ralf-Dahrendorf-Fan und steht repräsentativ für eine liberale Stadtelite, die sich von Extremisten nicht einschüchtern lässt. Das deutsche Kulturerbe wird gepflegt anstatt verdrängt. Restauriert ist auch der jüdische Friedhof (mit dem Grab der sozialdemokratischen Ikone Ferdinand Lassalle); und die Synagoge zum Weißen Storch – ab 1941 Deportationsort der Breslauer Juden vor dem Todestransport in

den Osten – beherbergt wieder eine kleine Gemeinde, die neben Gottesdiensten sogar Konzerte veranstaltet.

Eine Stadt, die sich weder von den Nazis noch den Kommunisten hat kleinkriegen lassen und nun als schmuckes Kleinod eine Menge Gäste anzieht – gediegene Breslau-Nostalgie-Reisende aus Berlin und Tel Aviv ebenso wie Erasmus-Studenten vom ganzen Kontinent, die hier ein paar Gastsemester verbringen, angefixt vom Geist einer Stadt, die ihr heterogenes Erbe nicht verschweigt. So liegt etwa der Dancefloor des „H20“ unterhalb eines klassischen Belvedere-Säulenhallbrunnens am Rand eines kleinen Parks in der Nähe des Stadtgrabens. Als „Liebichshöhe“ im Jahr 1867 von deutschen Architekten entworfen, hieß das Areal bis 1989 „Partisanenhügel“, da 1945 hier schwerste Kämpfe stattgefunden hatten: Wo sich heute an den Wochenenden schicke Mittelklasse- und Studenten-Schwule zum Tanzen treffen, hatte die Wehrmacht bis zuletzt einen Stützpunkt ihrer „Festung Breslau“, ein suizidales Unternehmen, das die sowjetischen Bombardements der Stadt geradezu provoziert hatte. Und nichts davon ist vergessen. Wird weder relativiert und verzerrt noch mit dräuender Politdidaktik vorgezeigt. Ist einfach Teil dieser bemerkenswerten Stadt – europäisch im besten, im liberalen Sinn. ●



MARKO MARTIN ist Berliner Schriftsteller und war bis Mitte September „Stadtschreiber“-Stipendiat der diesjährigen Europäischen Kulturhauptstadt Wrocław/Breslau. Über seine Eindrücke dort schreibt er in dem deutsch-polnischen Blog www.stadtschreiber-breslau.blogspot.de. redaktion@libmag.de



Liberales Frauen braucht das Land!

Das Förderprogramm für politisch engagierte Frauen

Das neue Förderprogramm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt Sie bei Ihrer ehrenamtlichen politischen Arbeit. Ihr neunmonatiges Training setzt sich aus verschiedenen Online-Seminaren und -Coachings sowie Veranstaltungen u.a. in Berlin, Brüssel und Gummersbach zusammen. Sie erlernen hier das praktische Know-how zu den wichtigsten Grundlagen Ihrer Arbeit wie politische Strategie, Rhetorik, Reden schreiben und Projektmanagement.

Jetzt bewerben!

Einsendeschluss* ist der 23. Oktober 2016
Auftrittveranstaltung am 5.-6. November 2016

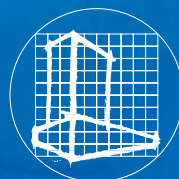
Kontakt

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Mentoring-Akademie
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam
Telefon 0 30.22 01 26 34
mentoring@freiheit.org

 /freiheit.org/liberalefrauen

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit



THEODOR HEUSS
AKADEMIE

Freiheit.org



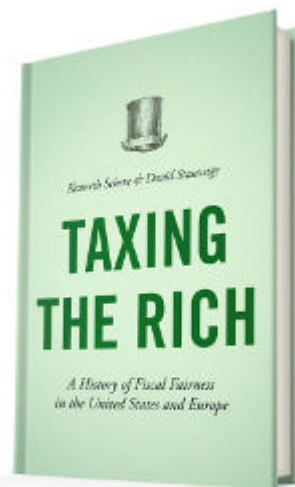
BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Es eigentlich sollte es doch ganz einfach möglich sein, die Sache mit der angeblich oder tatsächlich immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich zu lösen: Der Staat besteuert die Superreichen im Zweifelsfall mit 99 Prozent und verteilt die so generierten zusätzlichen Einnahmen in Form von Transferzahlungen und Steuersenkungen für Geringverdiener nach unten. Da Gering- und Normalverdiener in der Mehrheit sind, könnten beide Gruppen – zumindest theoretisch – ihr gemeinsames Interesse an diesem Konzept bei Wahlen durchzusetzen versuchen. Tun sie aber meistens nicht. Kenneth Scheve und David Stasavage zeigen in ihrem wirklich brillanten Buch „Taxing The Rich“, warum das so ist. Die These der beiden US-Politikwissenschaftler lautet: Selbst in einer Demokratie lassen sich Steuererhöhungen

nur gelegentlich durchsetzen – unabhängig davon, wie groß die Kluft zwischen Oben und Unten in der Gesellschaft ist. Historisch, so belegen die beiden exemplarisch anhand empirischer US-Daten, war das nur im zeitlichen Umfeld der beiden Weltkriege möglich. Von der Nachkriegszeit an haben sich dann die Einkommensteuersätze in den USA wie in Deutschland in Sprüngen per saldo abwärts bewegt. Dahinter steht die Erkenntnis, dass Globalisierung Kapital und hochqualifizierte Arbeitskräfte zu knappen Gütern macht, die mit niedrigen Steuern bei Laune gehalten werden müssen. *Florian Flicke*

KENNETH SCHEVE, DAVID STASAVAGE
TAXING THE RICH
 Princeton Univers. Press, 266 Seiten,
 24,95 Euro



Liberalen sind in Indien eine seltene Spezies. In der größten Demokratie der Welt gibt es keine freiheitliche Partei, dem Wort Liberalismus haftet westliche Dekadenz und Raubtierkapitalismus an. Ronald Meinardus, Leiter des Regionalbüros Südasiens der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, hat sich der seltenen Art angenähert. Mit lokalen Partnern rief er junge Menschen zu Essays darüber auf, was es bedeutet, in Indien liberal zu sein. Die besten Einsendungen hat er als Buch herausgegeben.

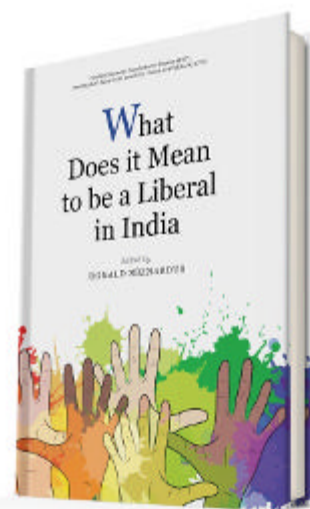
Ernüchtert stellen die Autoren fest, dass ihre verfassungsrechtlich garantierte Freiheit von Konventionen und Religion untergraben wird: Die Kastenzugehörigkeit bestimmt weiterhin ihr Leben, bei der Auswahl ihrer Ehepartner haben sie höchstens ein Mitspracherecht, und Frauen sollten bei Dunkelheit lieber zu Hause bleiben. Nicht nur Politiker seien eine Gefahr für die Freiheit, schreibt eine der Autorinnen, sondern „unsere Eltern, Verwandten und vielleicht sogar unsere Freunde“.

Dissidenten in China kämpfen gegen die KP – in Indien müssen sie sich zuweilen gegen die eigene orthodoxe Familie behaupten.

Das Buch erscheint zu einer interessanten Zeit: Während Regierungschef Narendra Modi das Land wirtschaftlich liberalisieren will, ist die Gesellschaftspolitik des Hindu-Nationalisten sehr konservativ; die Bedeutung der Religion nimmt wieder zu. Indiens wenige Liberale begehren in der öffentlichen Debatte dagegen auf. Und auch das Buch zeigt: Um einen Mangel an schlagfertigem liberalen Nachwuchs muss man sich in Indien keine Sorgen machen. *Frederic Spohr*

RONALD MEINARDUS (HRSG.)
WHAT DOES IT MEAN TO BE A LIBERAL IN INDIA
 Academic Foundation, 140 Seiten,
 45,95 Dollar

Sie können das Buch online direkt beim Verlag unter folgendem Link bestellen:
www.academicfoundation.org





„LIBERAL IST
DAS MAGAZIN
FÜR SELBSTDENKER.
ES BEKENNT SICH ZU
FREIHEIT, FAIRNESS
UND FORTSCHRITT.“

WOLFGANG GERHARDT

Herausgeber liberal

liberal bittet Freigeister wie
Vince Ebert, Jan Fleisch-
hauer, Wladimir Kaminer,
Necla Kelek, Harald Marten-
stein, Christian Ulmen und
Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein
„intelligentes und mit spitzer
Feder geschriebenes,
exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit.

Kostenfrei abonnieren

Erscheint **6x im Jahr**



Online-Bestellung
www.libmag.de/abo

Auch als **kostenfreie APP**

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

EXKLUSIVINTERVIEW
Die Siegerinnen des
Raif Badawi Awards 2016



VERPUNKT: DEUTSCHLANDS MITTE

**STILLEN HELDEN
IN UNSERER GESELLSCHAFT**

IN DIESEM HEFT:

CHRISTIAN LINDNER, PAUL NOLTE

CONSTANTIN SCHREIBER

BRIGITTE THELEN

Die neue Online-Heimat der Freiheit.

Freiheit.org



Besuchen Sie uns unter
www.freiheit.org

Die neue Website der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

- Optimierte für Tablet, Smartphone und Desktop
- Großer Bereich für Stipendiaten
- Übersichtliche Darstellung von Nachrichten, Meinungen und Analysen
- Mit einem Klick zu unseren Veranstaltungen
- Viele Themenseiten, u.a. zu Migration, TTIP und Internationaler Politik

